

**Annoncen-
Bureau:**
In Posen
ausgegeben in der Expedition
bei Grunski (C. H. M. & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedr. Str. Ecke 4;
in Grah bei Herrn J. Kreislauf;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dörbe & Co.

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 64.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Freitag, 7. Februar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile ober-
den Raum, dreigealtene Zeilen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an-
derselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Adolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Gustav H. & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Sabath.

1873.

Die Bestrebungen für die Rechtseinheit.

Der Ruf nach Rechtseinheit wird immer lauter und dringender im deutschen Volke; namentlich in Süddeutschland ist er der Ruf zur Sammlung für alle Freunde des Reiches geworden. In Baden herrscht zwischen Volk und Regierung schon seit lange die erfreulichste Einigkeit wie in allen nationalen Fragen, so auch in der Frage der nationalen Rechtseinheit; in Hessen haben die Wahlen zum Reichstage wie die Neuwahlen zur zweiten Kammer gezeigt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung auf Seiten des Reiches steht, und auch die gegenwärtige Regierung in Darmstadt kann zu den im nationalen Sinne bestrebten Regierungen gerechnet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist es aber, daß in Württemberg neuerdings die Rechtseinheit in den Vordergrund aller nationalen Bestrebungen getreten ist und daß nicht bloß die dortige nationalliberale Partei, sondern auch die Regierung und die zu ihr haltenden Elemente der zweiten Kammer die endliche Verwirklichung des nationalen Gedankens fordern. Es hat sich der württembergische Justizminister, Herr von Mittnacht, so entschieden für die nationale Rechtseinheit erklärt, daß seine Vorbehalte lediglich unter dem Gesichtspunkte technischer Erwägungen aufzufassen sind, die er als der zuständige Ressortminister allerdings besonders hervorzuheben hatte. Man würde übrigens der württembergischen Regierung zu noch größerem Danke verpflichtet sein, wenn nunmehr auch von Seiten desjenigen Ministers, der die Beziehungen des Königreichs Württemberg zum Reich und zu den übrigen deutschen Staaten wahrzunehmen hat, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, die Lösung Württembergs von der bairischen Widerstandspolitik und seine Annäherung an die Reichsgewalt in einer weithin verständlichen Weise markiert würde. Daß der Justizminister Herr v. Mittnacht gleichzeitig das Präsidium des Geheimraths führt, giebt seinen Erklärungen freilich an und für sich schon ein besonderes Gewicht.

In Baiern hat die Fortschrittspartei, welche dort die Pflegerin der nationalen Bestrebungen ist, die Agitation für die nationale Rechtseinheit eifrig in die Hand genommen; sie wirkt in den unter ihrem Einfluß stehenden bairischen Blättern, so viel sie kann dafür, daß die Bevölkerung die tatsächlichen Rechtszustände in ihrer Unhaltbarkeit — es giebt in Baiern nicht weniger als 124 Partikularrechte — erkenne und sich mit der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, durch das Reich zu einem besseren Rechtszustand dahin und gleichzeitig zu der Einheit des Rechts mit den übrigen deutschen Staaten zu gelangen, erfüllt. Daß diese Wirksamkeit auf die bairische Regierung von Einfluß sein wird, ist leider nicht anzunehmen, da diese schon längst eine aus sachlichen Gründen motivirte Politik nicht mehr verfolgt, sondern sich darauf beschränkt, den persönlichen Stimmungen an höchster Stelle Rechnung zu tragen und daß diese einer Erweiterung der Befugnisse des Reichs und einer weiteren Verzichtleistung Baierns auf die selbständige Behandlung von Gesetzgebungsmaterien abgeneigt sind, kann als feststehend betrachtet werden. Die bairische Regierung kann sich zudem darauf berufen, daß die Mehrheit der Kammern in Bezug auf nationale Fragen nicht einmal so weit wie sie selber zu gehen genehm sei und daß also für sie gar kein konstitutioneller Grund vorliege, ihre bisherige Haltung zu ändern. Um auf eine solche der einheitlichen Entwicklung des Reichs abgeneigte Kammermehrheit hinzuweisen und dadurch das Verlangen nach einem Vorgehen in dieser Richtung abzuwehren zu können, ist von der bairischen Regierung wohl auch die günstige Gelegenheit, welche der nationale Aufschwung nach der Beendigung des Krieges dargeboten hätte, um sich eine andere zweite Kammer zu schaffen, absichtlich nicht benutzt worden; die bairische Regierung wollte nicht durch eine dem Zuge des nationalen Gedankens folgende Mehrheit der zweiten Kammer gedrängt werden und zog es daher vor, mit einer Kammer zu regieren, in welcher sie so zu sagen gar keine Partei für sich hat. Angesichts dieser Lage der Dinge wird nichts anderes übrig bleiben als Baiern noch vollständiger im Reich zu isoliren; in Bezug auf die Frage der Rechtseinheit stehen ihm jetzt nur noch das Königreich Sachsen und wohl auch die beiden Mecklenburg zur Seite. Man kann nicht glauben, daß die königl. sächsische Regierung ihren Widerstand fortsetzen wird, nachdem die königl. württembergische Regierung denselben aufgegeben hat. Die Zahl der partikularistisch gesinnten Reichstagsabgeordneten aus dem Königreich Sachsen ist sehr zusammengeschmolzen; in der That, für ein so industrielles und mit dem übrigen Deutschland in so vielfachen Verkehrsbeziehungen stehendes Land, wie das Königreich Sachsen es ist, liegt der große Vortheil der nationalen Rechtseinheit klar auf der Hand. Die Einbildung, etwas Besonderes zu besitzen, muß der Einsicht, durch das Reich zu etwas Besserem zu gelangen, mehr und mehr weichen. Es ist bezeichnend für die Bewegung zu Gunsten der nationalen Rechtseinheit, daß das Volk sich weit schneller dafür erwärmt hat als die Regierung; gerade dieses aber zeigt dafür, daß die Bewegung keine von Oben her künstlich gemachte, sondern eine durchaus volksthümliche ist und sich wie jeder volksthümliche Gedanke gegen alle Hindernisse siegreich zur Verwirklichung durcharbeiten wird. BAC.

Ein militärischer Korrespondent bespricht in der „Allg. Ztg.“ die Umgestaltung des deutschen Festungswesens auf Grund des vorgelegten Gesetzentwurfs. Die in Aussicht genommene Befestigung der Grenzgebiete charakterisirt der Korrespondent folgendermaßen:

Einen großen Centralpunkt für die Landesverteidigung, der unter Umständen auch eine Feldarmee aufnehmen könnte, besitzen wir zur Zeit eigentlich nur in Metz, dem endlich wiedergewonnenen festen Bollwerk der deutschen Landesgrenze; nach dem bereits aufs rüstigste in Angriff genommenen Umbau Straßburgs und dem in vorliegendem Entwurfe projektierten vollständigen Ausbau der Festungen Köln, Koblenz, Mainz und Ulm wird unsere Westgrenze eine Stärke und Verteidigungs-

fähigkeit haben, wie sie nach menschlicher Voraussicht zur Abwehr auch der weitestgehenden Angriffe des nachdringlichen Nachbarn hinreichen dürfte. Auch unsere Ostgrenze gegen Rußland hin wird durch die Erhebung Königsbergs und Posen zu Waffenplätzen ersten Ranges eine sehr erhebliche Verstärkung erfahren, was trotz der freundlichen Gesinnungen des jetzigen Beherrschers aller Reichen im Hinblick auf mögliche Eventualitäten in nicht allzu ferner Zukunft, nach dem bekannten Satz „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit“, seine volle Berechtigung haben dürfte. Dagegen finden wir von Schlesien und Sachsen ab auf der ganzen langen Grenzlinie gegen Böhmen, die österreichischen Erzherzogthümer, Tirol und die Schweiz keinen einzigen festen Platz von Bedeutung, wenn wir von Ingolstadt absehen wollen, das als Vinnenfestung, die zudem ihre Widerstandsfähigkeit der modernen Kriegsführung gegenüber erst noch zu erproben haben wird, kaum in Betracht kommen kann. Auch der oben mitgetheilte Gesetzentwurf schlägt keine Ausfüllung dieser Lücke in dem deutschen Defensivsystem vor — ob aus militärischen oder politischen Gründen, möge vorläufig dahingestellt bleiben.

Der Korrespondent fährt dann fort:

Die sofort aufzugebenden kleineren Festungen sind im Gesetze selbst aufgezählt; ihnen wird sich vielleicht im Laufe der Zeit noch die eine oder die andere anreihen. Was nun die Verstärkung der älteren Festungsplätze betrifft, so besteht dieselbe hauptsächlich in der Anlegung detachirter Forts, welche die erste Verteidigungslinie weit von der eigentlichen Festung und Stadt hinwegrückt, und in der Vermehrung der Ausrüstung. In dieser Beziehung sollen die Festungen, welche der letzte Krieg über die absolute Nothwendigkeit bombenfester Kasematten (man denke an die Belagerung von Straßburg!) und weittragender gezogener Geschütze schweren Kalibers gegeben hat, nicht verloren gehen. Für die Anlegung detachirter Forts giebt übrigens die Natur der Dinge selbst zwei wirksame Beschränkungen, deren eine in der sehr seltbaren Absorption einer großen Truppenmenge, die andere in den gewaltigen Kosten dieser Werke besteht. Daß die Reichsregierung der ersten Thatsache ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet habe, darf wohl von vornherein angenommen werden; Sache des Reichstages und der Presse wird es sein, die zweite ins Auge zu fassen und zu beleuchten.

Deutschland.

△ Berlin, 6. Februar. Die „Kreuz-Ztg.“ brachte eine Mittheilung über die nächsten Arbeiten des Herrenhauses und machte u. A. die Bemerkung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in der ersten Sitzung am 18. d. M. über die geschäftliche Behandlung der demnächst aus dem Abgeordnetenhaus zu erwartenden Gesetzentwürfe, namentlich der über die Verfassungsänderungen eine Beschlußfassung und event. die Wahl einer Kommission erfolgen werde. Der „Germania“ paßt eine so rechtzeitige Inangriffnahme der Angelegenheit natürlich nicht, da sie dieselbe lieber bis ins Unendliche verschleppt sehen möchte. Sie meint, da das Herrenhaus noch gar keine offizielle Kenntniß von den Regierungsvorlagen habe, das Verfassungsgeheim noch nicht definitiv beschlossen sei und der Wortlaut der sich daran anschließenden Gesetzentwürfe noch garnicht feststehe, so würde das gemeldete Verfahren ein vorläufiges sein. Die Notiz der „Kreuz-Zeitung“, welche als korrekt gelten darf, ist wahrscheinlich vom Präsidenten Grafen Stolberg ausgegangen, welcher vor einigen Tagen hier anwesend war und die Mitglieder des Herrenhauses durch ein Zirkular von seinen für die nächste Zeit getroffenen Dispositionen in Kenntniß gesetzt hat. Es ist im Herrenhause eine gebräuchliche Praxis, die Jahr aus Jahr ein z. B. in Betreff des Staatshaushalts-Etats geübt wird, daß Kommissionen im Voraus gewählt werden, die sich schon mit den in Aussicht stehenden Vorlagen beschäftigen, damit die formelle Behandlung hinterher möglichst rasch von Statten gehe. Auch bei Gelegenheit der Kreisordnung beobachtete das Herrenhaus ein ähnliches Verfahren. Uebrigens handelt es sich ja bis jetzt nur um einen Vorschlag des Präsidiums, welcher noch der Entscheidung des Hauses unterliegt. — Ein charakteristisches Zeichen für die öffentliche Stimmung hinsichtlich der kirchlichen Gesetzentwürfe dürfte sein, daß der jüngste Artikel der „Prov. Korr.“: „Ultramontane Drohungen“ allgemein eine so beifällige Aufnahme gefunden hat. Selbst die „Vossische Zeitung“, welche sonst selten mit dem Regierungsorgan harmonirt, hat den Artikel vollständig wiedergegeben. — Das Gerücht, daß Herr von Leipziger zum Oberpräsidenten von Hannover designirt sei, dürfte sich nicht bestätigen. Wie ich erfahre, ist derselbe nur angewiesen worden, die interimistische Leitung des dortigen Ober-Präsidiums zu übernehmen.

□ Berlin, 6. Februar. [Kommissionsitzungen.] Die XIII. Kommission des Abgeordnetenhauses setzte heute ihre Beratungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausnahme einer Anleihe in Höhe von 120 Millionen Thalern, zur Erweiterung, Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes weiter fort und bewilligte für den Bau der Bahn Saarbrücken durch das Fischbachthal nach Neunkirchen 2,800,000 Thlr. — für das Schlußstück der Berliner Verbindungsbahn von Schöneberg nach Charlottenburg 4,400,000 Thlr., — für die Anlage zweiter Geleise auf der Niederschlesisch-Märkischen Bahn 195,000 Thlr. auf der Nassauischen Bahn 947,000 Thlr. — Sodann zur Anlage dritter Geleise auf der Saarbrücker Bahn 297,000 Thlr., — auf der Nassauischen Bahn 155,000 Thlr. Endlich für die Erweiterung des Bahnhofes Hannover 4,380,000 Thlr., — der Bahnhöfe der Berliner Verbindungsbahn 1,700,000 Thlr. und für die Vermehrung des Betriebsmaterials der Staatsbahnen 9,000,000 Thlr. Somit ist der § 1 unbedeutend nach der Regierungsvorlage genehmigt. — § 2, welcher die Ausführung dieser neuen und Erweiterungsbauten, sowie die Beschaffung des Betriebsmaterials dem Handelsminister überweist, wurde ebenfalls angenommen. — § 3 will die Mittel durch Veräußerung von Schuldverschreibungen aufbringen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Diskussion, es wurde Auskunft darüber erbeten, wie sich diese finanzielle Frage zu dem aus der Kriegskontribution zu erwartenden preussischen Antheil verhalte? Der Kommissar des Finanzministers war nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, worauf die Kommission beschloß, mittelst Schreibens vom Finanzminister über diesen Punkt sich Auskunft zu erbitten, inzwischen aber die Verhandlung zu

fortsetzen. — Die früher in der Kommission gestellten Anträge sind, so namentlich die von den Abgg. Dr. Bender und Jacobi beantragten Resolutionen, jetzt zurückgezogen und dafür von den Abgg. Jacobi, v. Kameke, Dr. Glaser, v. Brandt, v. Rauchhaupt, Berger (Witten), Reimers, Bischoff, von Kantler, v. Tempelhoff und Vogelei folgende Resolution beschafft worden: „Das Haus der Abgeordneten fordert die Staatsregierung auf: in nächster Landtagsession A. behufs Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes auch in den bei der diesjährigen Eisenbahnvorlage nicht berücksichtigten Landestheilen, soweit solche Erweiterung durch das allgemeine, eine gleichmäßig wirtschaftliche Entwicklung sämtlicher Landestheile erscheinende Staatsinteresse angezeigt erscheint, eine Gesetz-Vorlage zu machen. B. durch eine fernere Gesetz-Vorlage Normativ-Bestimmungen für die Bewilligung von Staatsprämien, behufs Förderung des Baues von Privateisenbahnen namentlich in den minder günstig situirten Landestheilen vorzuschlagen.“ — Zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Tagelöhner der Staatsbeamten sind von dem Referenten der Kommission folgende Abänderungsanträge gestellt: § 1 folgendermaßen zu fassen: A. principaliter. Die Staatsbeamten erhalten bei Dienststreifen Tagelöhner nach den folgenden Sätzen: I. Aktive Staatsminister 10 Thlr., II. Beamte der ersten Rangkl., desgl. die Chef-Präsidenten der Landes- u. Prov.-Collegien 6 Thlr., III. Beamte der 2., 3., 4., 5. Rangklasse 4 Thlr., IV. Alle übrigen Beamten mit Ausnahme der Unterbeamten 2½ Thlr., V. Unterbeamte und ihnen gleichstellende geringere Beamte 1 Thlr. Die Sätze werden u. f. w. wie in der Reg. Vorlage. B. eventualiter (für den Fall der Ablehnung des vorstehenden Vorschlages). Die Staatsbeamten erhalten bei Dienststreifen Tagelöhner nach den folgenden Sätzen: I. Aktive Staatsminister der Landes- und Provinzial-Collegien 6 Thlr., III. Beamte der 2. und 3. Rangklasse 5 Thlr., IV. Beamte der 4. und 5. Rangklasse 4 Thlr., V. Beamte, welche nicht zu obigen Klassen gehören, soweit sie bisher zu dem Diätensatz von 1 Thlr. 20 Sgr. resp. 2 Thlr. berechtigt waren 3 Thlr., VI. Alle übrigen Beamten mit Ausnahme der Unterbeamten und ihnen gleich zu stellende geringere Beamte 1 Thlr. Die Sätze werden u. f. w. wie in der Reg. Vorlage. § 4. Folgendermaßen zu fassen. A. principaliter (für den Fall der Annahme des Vorschlages A. zum § 1.) An Reiseflosten, einschließlich der Kosten der Gepäcksbeförderung erhalten: I. Bei Dienststreifen, welche auf Eisenbahnen und Dampfschiffen gemacht werden können. 1. Die im § 1. unter I. bis III. genannten Beamten für die Meile 10 Sgr. und 1 Thlr. für den Zu- und Abgang. 2., die im § 1. unter IV. genannten Beamten für die Meile 7½ Sgr. und 20 Sgr. für jeden Zu- und Abgang. 3., die im § 1. unter V. genannten Beamten 5 Sgr. für die Meile und 10 Sgr. für jeden Zu- und Abgang. II. Bei Dienststreifen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können, erhalten: 1., die im § 1. unter I. bis III. genannten Beamten 1 Thl. 20 Sgr., 2., die im § 1. unter IV. genannten Beamten 1 Thl. 3., die im § 1. unter V. genannten Beamten 20 Sgr. für die Meile. Haben erweislich u. f. w. wie in der Reg. Vorlage. B. eventualiter (für den Fall der Annahme des Vorschlages B. zum § 1. zu fassen: An Reiseflosten u. f. w. erhalten: I. Bei Dienststreifen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können: 1., die im § 1. unter I. bis IV. genannten Beamten 10 Sgr. für die Meile und 1 Thl. für jeden Ab- und Zugang. 2., die im § 1. unter V. und VI. genannten Beamten 7½ Sgr. für die Meile und 20 Sgr. für jeden Ab- und Zug.; 3., die im § 1. unter VII. genannten Beamten 5 Sgr. für die Meile und 10 Sgr. für jeden Ab- und Zugang. II. Bei Dienststreifen, welche nicht u. f. w. erhalten: 1., die unter I. bis III. genannten Beamten 1 Thl. 20 Sgr., 2., die unter IV. genannten Beamten 1 Thl. 10 Sgr., 3., die unter V. und VI. genannten Beamten 1 Thl.; 4., die unter VII. genannten Beamten 20 Sgr. für die Meile. Haben erweislich u. f. w. wie in der Reg. Vorlage. § 6 im Eingange zu fassen: Für Geschäfte am Wohnorte des Beamten werden weder Tagelöhner noch Reiseflosten gezahlt. Dasselbe gilt von Geschäften außerhalb des Wohnortes in einer Entfernung von nicht mehr als ¼ Meile von demselben. § 10. von Zeile 4 bis zum Schlusse zu streichen und dafür zu fassen: für Beamte, bei welchem nicht feststeht, zu welcher der im § 1. genannten Klassen sie zu zählen sind, entscheidet der Verwaltungschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister über die denselben zu gewährenden Sätze nach Maßgabe ihres Dienstverhältnisses nach der Art ihrer Beschäftigung. § 12. Zeile 4 hinter: „bleiben“ einzuschalten. „so weit sie den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entgegenstehen.“

BAC. Berlin, 5. Februar. [Die Reichsgesetzgebung und Zivilische.] Unter den Gesetzentwürfen, welche man im preussischen Landtag aus Anlaß der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche erwartete, befand sich ein Gesetz, welches die obligatorische Zivilehe und die Zivilstandsregister einführt, Verhältnisse, die heute nicht weiter berührt werden sollen, haben verhindert, daß diese in den weitesten Kreisen begehrte Erwartung sich verwirklichte. Die preussische Landesgesetzgebung scheint in der That nicht dazu kommen zu sollen, die Eheschließung und die Beglaubigung des Personenstandes durch Zivilbeamte dort, wo sie bei der Besitzergreifung durch Preußen nicht schon vorgefunden wurde, einzuführen. Es mag noch so oft betont werden, daß gar kein innerer Grund vorhanden ist, den einen Landestheil in dieser Beziehung anders zu behandeln wie den andern, daß ferner gerade in denjenigen Landestheilen, wo die obligatorische Zivilehe seit Menschenaltern besteht, sowohl bei der katholischen wie bei der protestantischen Bevölkerung das kirchliche Leben ein sehr reges ist; alle diese Ausführungen erweisen sich als machtlos gegenüber einem Widerstande, der sich auf das Non possumus beruft. Preußen ist in dieser Frage, die durch die kirchlichen Wirren zu gleicher Zeit eine hohe politische Bedeutung gewonnen hat, auf das Reich angewiesen. Die Reichsgesetzgebung ist zur Einführung der Zivilstandsregister im Wege

der Gesetzgebung heute schon kompetent und wenn auch so lange die Kompetenz der Reichsgesetzgebung nicht auf das gesamte bürgerliche Recht ausgedehnt ist, die Form der Gesetzgebung nicht im Wege der einfachen Gesetzgebung festgestellt werden kann, so ist doch wenigstens in diesem Falle Aussicht dazu vorhanden, daß diejenigen Regierungen, welche gegen eine formelle Erweiterung der Reichskompetenz fortgesetzten Widerstand erheben, einem Gesetze, welches die Zivilrechte im Reiche allgemein einführt, zustimmen würden. Es verdient diese Frage gerade gegenwärtig für die öffentliche Diskussion angeregt zu werden, wo die deutschen Regierungen sich über den Beschluß des Reichstages wegen Erweiterung der Reichskompetenz auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung schlüssig zu machen gedenken; von dieser erweiterten Kompetenz würde zunächst ja nicht der von vielen Seiten befürchtete Gebrauch zu einer Modifikation des gesammten bürgerlichen Rechts gemacht werden; dagegen würde es als ein gutes Vorzeichen für die einheitliche Entwicklung des Rechts im Reiche gelten, wenn durch die Reichsgesetzgebung die Zivilrechte alsbald zur allgemeinen Einführung gelangte.

Der Kaiser hat gestern wiederum den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes, Herrn Mann, empfangen, welcher demnächst auch zur Tafel gezogen wurde.

Auf dem letzten parlamentarischen Diner beim Fürsten Bismarck — schreibt man der „M. Z.“ — wurde der unlängst von verschiedenen Blättern gebrachten Anekdote Erwähnung gethan, wonach der frühere französische Finanzminister Pouyer-Quertier zufolge seiner Verwunderung über zu hohe Beförderungspreise bei den deutschen Bahnen dadurch eine besondere Aufmerksamkeit auf Vermittlung Bismarck's erfahren haben sollte, daß hier für Pouyer-Quertier nicht bloß die Rückreise bezahlt, sondern auf mehreren Stationen der Route Berlin-Machen opulente Mahlzeiten servirt worden wären. Bismarck lachte über die Geschichte und bemerkte: Der französische Minister, ein sehr liebenswürdiger Mann, war herzlich froh, hier ein für Frankreich vortheilhaftes Abkommen getroffen zu haben, und so sehr erfüllte ihn der Gegenstand seiner schwierigen Mission, daß er an nichts Anderes dachte geschweige denn darauf kam, über deutsche Bahnen sich zu beschweren und billigere Beförderung zu beanspruchen. Wer die Geschichte erzählt hat, ist falsch berichtet gewesen. Nicht mit Pouyer-Quertier hat sich Aehnliches zugetragen, sondern mit dem russischen Minister Fürsten Gortschakoff. Der hat bei seinen wiederholten Reisen auf preussischen Bahnen allerdings die Erfahrung gemacht, daß ihm förmliche Unsummen abgefordert wurden, die er auch bezahlt, bis er seinen Klagen darüber bei uns Ausdruck gab. Seitdem wird dem russischen Minister das Reisetagegeld in Preußen dadurch erleichtert, daß er hier und da Desjournes und Diners vorfindet, auch nicht mehr Anlaß hat, die Beförderungspreise für zu hoch zu halten. Bismarck äußerte sich im Weiteren über die Beziehungen Preußens zu Rußland und betonte die Intimität der beiden Staaten, die auch noch recht lange vorhalten werde, schon Posen's halber, das beide Reiche gleich stark interessire. Es äußerte Jemand Besorgnisse über die politische Richtung des russischen Thronfolgers, und diese entkräftete der Reichskanzler mit dem Einwande, es wäre ja gewöhnlich, daß die Thronfolger zu der jeweiligen Regierung im Widerstreit ständen, aber kämen sie auf dem Thron, so verlöre sich das, die

Dinge würden dann anders anseheben. Man gewann die Ueberzeugung, daß wir der dauernden Freundschaft Rußlands gewiß sein dürfen.

Der „M. S. Z.“ wird aus Berlin geschrieben: Der herausfordernde Ton, in welchem Graf Schaffgotsch zu einer Wählerdeputation über die gegen ihn gerichteten Angriffe des Reichskanzlers sprach, hat in eingeweihten Kreisen nicht wenig Verwunderung erregt. Man glaubt, es würde dem Grafen schwer fallen, auch nur die Motive zu verdunkeln, welche ihn zu seinem agitatorischen Wirken geführt. Die demnächstige Publikation der Thatsachen im Staatsanwalter ist verzögert worden, weil die Untersuchung während der Amtswirkksamkeit des Fürsten Bismarck als Ministerpräsident eingeleitet und die Angelegenheit vom Grafen Noon übernommen wurde.

Sobald erhalten wir den Entwurf einer deutschen Strafprozeß-Ordnung nebst den Motiven hiezu und den Anlagen zu diesen Motiven. Einer ausführlicheren Besprechung vorgreifend, beschränken wir uns heute auf kurze Angabe der wesentlichen Unterschiede zwischen dem Entwurf und der Mehrzahl der bestehenden deutschen Gesetzgebungen. Als solche Neuerungen mögen hier folgende angeführt werden:

I. Die Strafurtheile werden in erster Instanz nicht mehr von rechtsgelehrten Richtern allein, sondern überall unter Mitwirkung von Laien gefällt. II. Die erkennenden Gerichte erster Instanz sind Schöffengerichte. Sie zerfallen in die großen, mittleren und kleinen Schöffengerichte. III. Die großen Schöffengerichte treten an die Stelle der bisherigen Geschworenengerichte. IV. Die Schöffen üben in gleichberechtigter Stellung mit den rechtsgelehrten Richtern das Richteramt in seinem vollen Umfang aus. V. Gegen die Urtheile der Schöffengerichte findet keine Appellation statt, Entwurf § 248. VI. Dem durch eine strafbare Handlung Verletzten ist bei allen strafbaren Handlungen deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt oder bei denen der Strafrichter auf eine Buße erkennen darf, das Recht der subsidiären Privatklage gewährt. Entwurf § 282. VII. In gleichem Umfange steht dem Verletzten das Recht zu, sich der von der Staatsanwaltschaft erhobenen öffentlichen Klage behufs Betriebes der Strafverfolgung als Nebenkläger anzuschließen. Entwurf § 314. VIII. Der Strafrichter kann auf Antrag des Verletzten auch über die vermögensrechtlichen Ansprüche, welche dem letzteren aus der strafbaren Handlung erwachsen sind entscheiden. Entwurf § 322. IX. Der Beschuldigte kann sich schon im Vorverfahren des Beistandes eines Verteidigers bedienen. Entwurf § 120. X. Der Beschuldigte und sein Verteidiger sind befugt den Beweisverheugungen in der Voruntersuchung beizuwohnen. Entwurf § 154. XI. Die Abwendung der Untersuchungshaft durch Sicherheitsbestellung ist in ausgedehntem Umfange zugelassen. Entwurf §§ 103 ff. XII. Ein Kontumazial-Verfahren gegen einen in der Hauptverhandlung ausgebliebenen Angeklagten findet (abgesehen von strafbaren Handlungen geringfügiger Art) nicht statt. Entwurf §§ 185 ff. XIII. Gegen schlichte oder abweichende Beschuldigte findet eine Hauptverhandlung und Urtheilsfällung nicht statt. Entwurf § 223. XIV. Der Angeklagte ist befugt zur Hauptverhandlung Zeugen und Sachverständige unmittelbar laden zu lassen. Entwurf § 176. XV. In der Hauptverhandlung haben die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte überall das gleiche Recht zur Mitwirkung bei der Beweisaufnahme. Entwurf §§ 194, 195. XVI. Die Vertheidigung der Zeugen erfolgt erst in der Hauptverhandlung. Der Eid wird promissorisch geleistet. Entwurf §§ 58, 52. XVII. Bei der Urtheilsfällung ist zum Ausspruch des Schuldis überall eine Mehrheit von zwei Dritttheilen der Stimmenden erforderlich. Entwurf § 213. XVIII. Die Strafvollstreckung geschieht durch die Staatsanwaltschaft. Entwurf § 365.

Der bereits erwähnte Gesetzentwurf über die neue deutsche Wehrverfassung, welche gegenwärtig im Kriegsministerium ausgearbeitet

set wird, führt den Namen: „Entwurf eines Reichs-Militärgesetzes.“ Ueber die in dem Gesetze zu Tage tretenden Prinzipien erfahren wir, daß dasselbe — es umfaßt 114 Paragraphen — in 6 verschiedene Abschnitte zerfällt, von denen der erste die Bestimmungen über die Landmacht des Reiches enthält; der zweite die Bestimmungen über die Ergänzung des Heeres betrifft; der dritte die besonderen Rechtsverhältnisse der Militärpersonen, insbesondere der Angehörigen der aktiven Armee feststellt; der vierte die Entlassung aus dem aktiven Militärdienst behandelt, der fünfte die Pflichten und die Rechte des Beurlaubtenstandes abgrenzt und der sechste den Unterhalt des Heeres und die Naturalleistungen für das Heerwesen regelt.

Auch die Marineverwaltung naht mit starken außerordentlichen Ansprüchen an den Rest der französischen Kriegskontribution. Wie man der „Magd. Ztg.“ von guter unterrichteter Seite mittheilt, wird der Flottengründungsplan, den der Minister v. Stosch dem Reichstage vorzulegen gedenkt, für seine Ausführung auf sechs bis sieben Jahre berechnet sein und ein Extraordinarium zur Veranschlagung haben, das in keinem Falle weniger als 50, möglicherweise aber beinahe 70 Millionen beansprucht. Wenngleich, wie das „Deutsche Wochenblatt“ neulich bemerkte, die Vorarbeiten nach ihrer finanziellen Seite noch nicht abgeschlossen sind, so läßt sich doch schon die Minimal- und die Maximal-Summe angeben, und innerhalb derselben wird der Flottengründungsplan sich vollziehen. Hand in Hand mit den extraordinären Ansprüchen an den Reichstag geht die Erhöhung des Ordinariums des Marine-Etats, denn die Erweiterung der Marine bedingt eine Vermehrung des Personals und die Verabfolgung der laufenden Ausgaben für Erhaltung des neu beschafften Materials.

DRC. Da in der neueren Zeit viel darüber hin- und hergesprochen ist, wie weit es schädlich sei oder nicht, daß hochgestellte Beamte in dem Verwaltungsrathe industrieller Gesellschaften sitzen, so dürfte es vielleicht von Interesse sein, aus dem neuesten amtlichen Adresskalender für Berlin und Potsdam zu konstatiren, daß hier die nachfolgenden Personen als solche aufgeführt sind: Berlinische Lebensversicherungs-Gesellschaft: Herzog, Wirklicher Geheimrath Ober-Regierungsrath, Direktor im Reichskanzleramt; v. Bülow, Geheimrath, Mitglied des Direktoriums; — Berlin-Anhaltische Eisenbahn: Dr. Hagen, Oberlandes-Baudirektor, Verwaltungsrath; Lebensversicherungs-Gesellschaft Nordstern: Bankpräsident v. Dedden, Vorstandsmitglied; — Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft: Gieseler, Geheimrath, Ober-Rechnungsrath, Pfandbesitzer, Mitglieder des Gesellschafts-Ausschusses.

Auch aus Frankfurt a. M. ist eine von den angesehensten Geistlichen und hervorragenden Bürgern der Stadt unterzeichnete Adresse in der Synodischen Angelegenheit an den Oberkirchenrath gelangt. Nachdem der peinliche Eindruck geschildert ist, den die Amtsentsetzung Sydows auch in den weitesten Kreisen der Stadt Frankfurt hervorgerufen und auf die verderblichen Folgen hingewiesen wird, welche eine etwaige Befestigung dieser Maßregel auf die Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse namentlich in den neu erworbenen Provinzen herbeiführen müßte, richten die Unterzeichner der Adresse zum Schluß folgendes Gesuch an den Oberkirchenrath:

„Wir wagen es deshalb, den hochw. evangelischen Oberkirchenrath auch unsererseits um der deutschen evangelischen Kirche, um unseres Vaterlandes willen, auf das dringlichste zu bitten, derselbe wolle die Amtsentsetzung des Dr. Sydow aufheben und damit in vielen treuen

Theater.

Das zweite Gastspiel der Ullman'schen Gesellschaft hatte ein noch zahlreicheres Publikum versammelt als das erste. Herr de Seiwert eröffnete das Konzert mit einem brillanten Konzertstück für Chor und Orchester, von Wolique komponirt, wie wir glauben gehört zu haben. Das Programm freilich schreibt: „Phantasie von Servais“, aber wie wir schon gestern erfahren mußten, trägt es seinen Namen von dem, was nicht vorgeschrieben ist wie lucas a non laendo. Der Konzertist ist allen Schwierigkeiten gewachsen und überwindet die kühnen und wechselvollen Daumenstücke mit Leichtigkeit; des langgetragenen Tones mächtig, weiß er dem Adagio seine Würde und Innigkeit zu bewahren und dem rapiden Finale Flüchtigkeit und Energie zu verleihen. Dem bloßen Ornament und dem Sentimentalen abhold, giebt er etwas auf die gute deutsche Schule und hält sich fern von leerem Klingklang. Da kann denn der Erfolg nicht fehlen, und hohe Anerkennung wurde ihm zu Theil von Kennern und Nichtkennern.

Auch Fräulein Negan wurde sanfter Beifall gezollt. Die Schubert'schen Lieder gefallen jedermann, so reich ist der Segen, der von ihnen ausströmt. Alle Künste und Schmeicheleien, welche man dem Ohr bieten mag, vermögen nichts im Vergleich mit ihrem Zauber. Diesem Umstande und einer vollkommen deutschen Aussprache der Textworte verdankte es die Sängerin, wenn die Hörer ihr athemlos lauschten. Zu „Ich träumte“ und „Im wunderschönen Monat Mai“ kam noch das „Gaidenröschlein“, welches die entzückten Verehrer des deutschen Liedes mit ihrer Hände Arbeit erkritten. — Fräulein von Sograff trug ein Ritz'sches Konzert mit Begleitung des Orchesters vor. Der Ton, welchen diese Dame dem Flügel abgewinnt, ist voll und kräftig, die Fertigkeit auch den modernen Ansprüchen gemäß. Trotz des häufigen Tempo rubato legte der Dirigent seine starke Hand darüber und hielt das Ganze in guter Ordnung. Herr Sibori gab eine Phantasie eigener Arbeit zum Besten und fügte nach stürmischen Takaporturen noch das von Paganini her beliebte Kunststück auf der G-Saite dazu. Zu diesem Zweck diente ihm eine Geige, welche nur mit einer Seite bespannt war, und wir müssen bekennen, daß die eigenthümlich bedeckte Tonfarbe, welche das Instrument dadurch annahm, nicht ohne Reiz war. Dabei kam auch ein weniger bekanntes Spielwerk, nämlich ein Bizzikato, welches die aufsteigende linke Hand allein vollführt, an den Tag.

Zum Schluß erschien Marie Monbelli als Rosina im „Barbier von Sevilla.“ Der Vergleich mit Desirée Artôt, welche vor wenigen Wochen hier in derselben Partie gastirt hat, liegt nahe; und es ist von Interesse, die beiden hervorragenden Vertreterinnen der italienischen Oper an einander zu messen. Dieser steht ein reiches Stimmvermögen und eine zwingende Gewalt der Beredsamkeit, jener mehr Lieblichkeit und Korrektheit zu Gebote; diese erschüttert bis in die tiefste Seele, jene erwärmt und erfreut; diese theilt unmittelbar und mit spielender Leichtigkeit die Gaben des Genius aus, jene läßt die Energie und strenge Zucht der Schulung hervortreten; hier sprudelt die überquellende Kraft hervor, dort ist lauter Harmonie und Ebenmaß; hier herrscht das Licht des hellen Tages, dort dämmert noch der letzte Saum des Morgenroths herein. Beide sind einzig in ihrer Art und vollendet.

Von den drei Einlagen, welche Frau Monbelli sang, sprach das spanische Volkslied durch südl. glühende Färbung und durch charakteristische populäre Momente an, das französische trug etwas

von der nationalen leichtlebigen Grazie in sich, aber das deutsche, von Herrn Megdorff komponirte Liedlein: „Du schöne Fischerin“ zündete mit elektrischer Gewalt. Frau Monbelli vermag alles, und in der That, diese Leistung hätten wir der Koloraturfängerin ohne Gleichen kaum zugetraut. So gleichmäßig floß der Strom der Töne, so einfach und so herzinnig, wie nur ein deutsches Gemüth es verstehen kann, zogen sie uns hinan, daß das Haus in laute Ekstase gerieth und die Wiederholung verlangte. In dem reichen Diadem von Perlen, welches die Sängerin schmückt, bildet dieses Lied eine der edelsten. — Herrn Megdorff gebührt noch besondere Anerkennung für die Meisterschaft, welche er vom Dirigentenstuhl aus beriefen hat.

Die Benennungen unserer Maße und Gewichte.

Mit unseren neuen Maßen und Gewichten wird wohl jetzt, nachdem sie ein Jahr lang gebraucht sind oder — sein sollen, unser Volk im großen Ganzen sich schon einigermaßen ausgekñnt und vertraut gemacht haben. Auch ist zu hoffen, es werde allgemein — selbst in seiner schöneren Hälfte — den Werth der Neuerung stets mehr einsehen, sie stets bequemer und angenehmer finden, als das Aufgeborene. Aber an die Benennungen derselben scheinen viele sich noch nicht so recht gewöhnen zu können und — ich nehme ihnen das auch gar nicht übel, halte es durchaus nicht für ein Unglück, meine vielmehr — mit aller schuldigen Ehrfurcht vor unsern Gesetzgebern — es wäre zu wünschen, diese Benennungen oder Benamnungen bürgerlich sich bei uns erst gar nicht ein, denn sie taugen nichts. Ich behaupte, das nicht etwa bloß deswegen, weil sie einer (oder zwei und einer halben) fremden Sprache entlehnt sind. Nicht auf diesen ja auch schon geltend gemachten Grund lege ich ein besonderes Gewicht. Es ist freilich schlimm, daß ein französisches Blatt, wie neulich auch diese Zeitung, mitgetheilt hat, nicht mit Unrecht böhmischen Mundes darauf hinweisen kann, daß ein Pariser, der Berlin besucht, dort mehr von seiner Muttersprache zu hören bekomme, in der ihm fremden deutschen Sprache mehr Bekanntes, Heimisches finde als ein märkischer Landbursche, welcher zur Ableitung seiner Heerespflicht die Hauptstadt seines Landes, den Sitz seines Königs betrete. Jener, in der „Residenz“ dem „Konze“ entzogen, finde im „Hotel“ sein „Logis“, „Dejeuner“, „Diner“, „Soupe“ mit „Garçon“ und nicht ohne „Bougie“ u. dergl.; dieser sehe sich in eine ganz neue Sprachwelt versetzt, wenn die Worte „Kompanie“, „Bataillon“, „Escadron“, „Offizier“, „Lieutenant“, „Kapitän“ und auch „Capitain d'armes“ u. s. w. mit fremdem Klang sein Ohr umschwirren. Es ist gewiß in Bezug auf Fremdwörter bei uns Deutschen das Mögliche — und von Usgebildeten und Halbgebildeten, die besonders gern damit „coquettiren“, sogar das Unmögliche — geleistet und des Guten — oder auch des Schlechten etwas zu viel gethan worden und eine größere Enthaltensamkeit, mehr Selbstgefühl könnte besonders auch seit 1870 nicht unangemessen scheinen. Aber es giebt ja doch nun einmal eine ganze Menge solcher Lehnwörter, welche entweder durch die Länge der Zeit und mit Abstreifung ihrer fremdländischen Kleidung schon das Bürgerrecht in unserer Sprache erworben haben oder sogar willkommen sind, weil sie sich durch andere, deutsche, nicht ganz genau oder doch nicht kurz genug wiedergeben lassen. Anderen solcher Ausländer wiederum mögen wir immerhin ein Plätzchen in unserer Sprache gönnen, weil wir die Sachen, die sie bezeichnen, nicht zu haben das Glück haben. Courage, z. B. hat der Deutsche nicht — er hat: Muth, und das ist etwas ganz anderes, edleres als „renommistisches“ „Courage“; der Deutsche „amüsirt“ sich auch nicht in Freundeskreise, „interessirt“ sich auch für nichts: solch oberflächliche Bezeichnung des Gemüths, wie diese Worte sie bezeichnen, ist ihm eben fremd — er benutzt diese Ausdrücke, wenn er sagen will, daß das „Amusement“ grade nicht etwas Besonderes, kein wirkliches, das Herz aussehendes Vergnügen gewesen ist; es „interessirt“ ihn etwas, was durchaus nicht die echt deutsche Theilnahme seines Herzens hervorruft und festhält. — Ein deutsches Mädchen oder eine deutsche Frau als „Coquette“ — kennen Sie eine? Ich nicht! — will auch keine kennen. — das Wort aber werden wir doch wohl lieber ab und zu brauchen müssen, ver-

steht sich nur von Französinen u. s. w. Und so giebt es noch andere Lehnwörter, welche wir nicht werden ab — lehren können, wo wir, weil die Sache es nicht verdient, uns schämen, ein christliches deutsches Wort zu brauchen. Das habe ich Alles gesagt, um zu zeigen, daß ich durchaus kein „Barrikistruiter Observanz“ bin; ich gönne vielmehr den Fremdwörtern herzlich gern ihr Leben in der deutschen Sprache. Ich ärgere mich ja auch nicht, sondern lache, wenn die Unbildung oder Halbbildung mit Fremdwörtern prunkt und durch falschen Gebrauch derselben sich „blamirt“ (auch wieder so ein „malicöses“ Wort, daß die deutsche Sprache nicht erlösen kann, weil sie nicht „perfide“ genug dazu ist.)

Aber — um doch nun endlich wieder (oder wohl: endlich einmal!) zur Sache zu kommen. — Die Benennungen unserer neuen Maße und Gewichte finden keine Gnade vor meinen Augen nicht deswegen, weil sie Lehnwörter sind, sondern weil sie es wagen, in einem unverschämten „saloppen“ Gewande in die Mitte unserer deutschen Sprache, in das Heiligthum unserer Muttersprache zu treten. Sie sprechen ja wahrhaftig allen Sprachgelehrten Hohn in ihren mit echt französischer „Frischheit und Ungelehrtheit“ — oder sollen wir sagen: „Genialität“, siehe Viktor Hugo, „verrührigten“ Formen. Aus welcher Sprache stammen denn diese Worte? Zum großen Theil aus dem griechischen Gut! Jeder Quartaner eines Gymnasiums lernt: bekaton=hundert, chilioi=tausend — nun heißen hundert Meter: Hektometer, tausend Meter: Kilometer! Aus bekaton wird hekto, aus chilioi wird kilo — sonst hat es weiter keinen Zweck! Sage man nicht, daß das gleichgültig ist. Freilich kann wohl bei den Namen der Dinge die Form als etwas Nebensächliches betrachtet werden, wenn nur ihr Klang die Vorstellung hervorruft, die er hervorgerufen soll, grade so wie man ein Thalerstück als solches erkennt und gebraucht, wenn auch auf ihm die den Werth anzeigende Zahl ganz abgegriffen ist. Es würde auch vielleicht sich nichts gegen jene Formen oder Unformen sagen lassen, wenn sie durch den Gebrauch von Jahrhunderten gleichsam geheiligt wären oder wenn sie den Lautgelehen der deutschen Sprache mehr angepaßt hätten. Aber es ist ja wohl noch nicht zu viel über ein Jahr her, daß die Volksvertretung des größten deutschen Staates sie ihrem Volke „offensiv“ hat und — von deutschen Laut- und Klangverhältnissen zeigen sie keine Spur. Warum aber hat man sie denn so wie sie da sind — ein Viertel griechisch, ein Viertel lateinisch, ein Viertel französisch und ein Viertel — was denn noch? — herübergenommen zur Dual unserer Butter einkaufenden Hausfrauen und Butter verkaufenden Landleute? Jedenfalls doch bloß, weil man vor der Schwierigkeit zurückscheute, neue Bezeichnungen für neue Dinge zu schaffen. So fruchtlos in gefeßelter Hinficht unsere Volksvertretung ist, so unfruchtbar, unschöpfend hat sie sich in namensgelehrter Geizt. Sie hat es bei einzelnen schüchternen Versuchen bewenden lassen, den fremden Namen einen deutschen — natürlich immer nur an zweiter Stelle, gleichsam in Parenthese, als Namen zweiter Klasse oder verschämten Armen — beizufügen: Meter oder Etas, Dekameter oder Kette u. ähnl.

Sollte es denn aber wirklich gar nicht möglich sein, deutsche Ausdrücke zu finden, welche ohne zu große Beschwerde für Gedächtnis und Aussprache jene halbkläglichsten Eindringlinge erlösen könnten? Ich weiß nicht, ob in dieser Beziehung schon ein Versuch gemacht worden ist, aber das weiß ich: gemacht werden muß er. Deswegen will ich es risquieren (auch so ein leichtfertiges Wort!) und meine Meinung der Deffentlichkeit — nicht vorenthalten. Viell. ich rufst dieser Versuch andere hervor, welche die Frage besser anfassen und erledigen. Es will mich dünken, das Schamgefühl müßte in dieser Sache schöpferisch wirken und wenn „facit indignatio versus“ müßte sie doch wohl auch Namen schaffen können. Ich wenigstens will es versuchen, eine Abstellung des betreffenden Unfuges anzuregen, so gut oder so schlecht, wie ich es kann. Meine Vorschläge sind nun folgende.

An erster Stelle kommen die drei Bezeichnungen der Maßeinheiten in Betracht, nämlich 1) für Längenmaße: Meter, 2) für Höhenmaße: Fiter, 3) für Gewicht: Gramm. Können wir nicht das nur „fakultativ“ gestellte: Etas durchgängig für „Meter“ gebrauchen (schon um nicht neben Herametern noch Dekametern zu haben)? Für Fiter etwa „Maß“ (der Bauer kennt sie, obgleich sie bei ihm wohl größer ist, als ein Fiter), für „Gramm“, das übrigens als eine wenigstens saubere

evangelischen Herzen die Hoffnung neu beleben, daß der Tag nicht ferne sei, da die deutschen Protestanten den konfessionellen Hader und die partikularistischen Strebungen vergangener Zeiten dahinten lassen, um mit einander eine den reformatorischen Grundsätzen gemäß frei verkörperte, evangelische Kirche zu bauen, welche Raum genug hat für sehr verschiedene theologische und kirchliche Standpunkte, für Alle, die mit den Reformatoren und ihren ehrwürdigen Bekenntnissen Eins sind in dem Glauben an Jesus Christum, ihren einigen Herrn und Heiland.

Gegenüber der von Sybow veranstalteten Veröffentlichung der Aktenstücke über seine Disziplinar-Untersuchung hat auch das Konsistorium der Provinz Brandenburg, wie die „N. Fr. Ztg.“ mittheilt, „auch mit Rücksicht auf die zahlreichen, zum Theil erheblichen Druckfehler, welche sich in dieser Ausgabe vorfinden“, einen korrekten Ausdruck des Konsistorial-Beschlusses vom 2. Dezember v. J. mit den vollständigen Gründen veranlaßt, der demnächst erscheinen wird.

In der Budgetkommission wurden bei dem Kapitel Landes-Konsistorien die für Vereinigung der drei kleinen bismarck'schen Konsistorien zu einem Gesamtkonsistorium zu Rassefordern Geldmittel bewilligt. Im Etat sind bei den katholischen Bistümern und den zu denselben gehörenden Instituten unter 13 Titeln nur die Pauschsumme für jedes Bisthum aufgeführt. Diese Summen beruhen auf der in der Bulle de salute animarum enthaltenen Vereinbarung, wonach in bestimmten Verhältnissen den Bischöfen der einzelnen Institute feste Summen aus Staatszuschüssen zugesichert werden. Die Budgetkommission beschloß diese Spezialisierung statt der Pauschsumme in den Etat einzuführen.

Hervorragenden Mitgliedern der internationalen statistischen Kongresse, welche alle zwei Jahre abwechselnd in dem einen oder anderen europäischen Staate abgehalten zu werden pflegen, werden von der Regierung, an deren Sitz der Kongreß stattfindet, hatte, herkömmlicherweise Orden verliehen. Diese Gelegenheiten gehören zu den seltenen Fällen, bei denen auch die Gelehrten mit dem Schmuck der Hofleute und hohen Offiziere bedacht werden. Wie Berliner Blätter hören, hat der Kaiser von Rußland, nach dessen Hauptstadt der letzte derartige Kongreß eingeladen war, dieser Tage einen unerbittlichen Regen von Ordenszeichen über alle nicht russischen Statistiker, die sich in Petersburg versammelt hatten, ausströmen lassen. Dem anerkannt bedeutendsten Pfleger internationaler Statistik, dem Direktor Engel vom preussischen statistischen Bureau, ist das Großkreuz des St. Stanislaus-Ordens zu Theil geworden; andere Mitglieder haben Kommandeur- und Ritterkreuze erhalten.

Danzig, 3. Febr. Wie die „Danz. Z.“ hört, ist von den sieben zur Skularfeier Westpreußens eingegangenen Konkurrenz-Schriften die Arbeit des Lehrers Pawlowski in St. Albrecht als die beste anerkannt worden. Aber auch ihr konnte, besonders weil sie weit mehr als fünf Druckbogen, wie bestimmt worden, umfaßte, der erste Preis nicht zuerkannt werden. Das jur. Komite hat jedoch Herrn P. für seine mit großem Fleiß und mit Umsicht in der Anordnung des historischen Materials bearbeitete „Populäre Geschichte Westpreußens“ und in Anerkennung seiner für die Geschichte Westpreußens schätzbaren kartographischen Arbeiten den zweiten Preis bewilligt.

Elbing, 4. Februar. Wie der „D. Z.“ aus Elbing geschrieben wird, stießen die dortigen Freunde des Abgeordnetenhaus-Präsidenten v. Forderbeck ihm zum Andenken an die Stadt, welche ihn Jahre lang mit Stolz den ibigen genannt hat, ein Album, eine Kollektion von Aquarellen Elbinger Ansichten. Dieselbe hat der Maler Herr Penner vollendet und bereits ausgestellt.

Elbing, 4. Febr. Wie die „Danz. Z.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, geht man hier an maßgebender Stelle mit der Absicht um, die hiesigen Schulen, welche einen konfessionellen Charakter haben, denselben zu entkleiden. Auch die beiden hiesigen katholischen Schulen

beabsichtigt man zu konfessionslosen Kommunal-Bezirksschulen umzugestalten, in gleicher Weise die übrigen Elementarschulen, so daß den städtischen Behörden die Wahl der Lehrer an allen Unterrichtsanstalten ohne Rücksicht auf die Konfession freistünde.

Aus Baden, 4. Februar, wird der „Nat. Ztg.“ geschrieben: Am letzten Freitag verhielt sich in Steinbach (dem Geburtsorte Erwin's, des Erbprinzen des Strassburger Münster's) eine feierlich aufgeregte Schaar älterer Weiber und Männer nebst Kindern den Professor Michalis den Vortrag abzuhaken, wozu ihm der Gemeinderath den Rathsaussaal bewilligt hatte. Die jüngeren Männer und der Bürgermeister hatten sich auf die Seite begeben. Der Bezirksrath und zwei Gensdarmen konnten gegen den tobenden Haufen, welcher fortwährend Hochs auf den Papst ausbrachte, nichts ausrichten. Und dies nennt der „Bad. Beobachter“, daß „die ehrlichen, unbescholtenen Leute einfach von ihrem Hausrechte Gebrauch gemacht und dem ungebetenen Gaste die Thüre gewiesen hätten!“ Gewiß wieder eine prächtige Illustration aller der möglichen „Freiheiten“, für welche der Ultramontanismus zu schwärmen vorgibt. Es könnte aber doch sein, daß mit Berufung auf diesen Fall die Altkatholiken für ihr Recht den Schutz der Gesetze anrufen. In Konstanz arbeitet das Altkatholiken-Komitee ruhig fort. Am 6. d. wird daselbst Professor Michalis für einige kleinere Versammlungen eintreffen, denen dann am 9. d. Sonntags die große allgemeine Katholikenversammlung im großen Rathsaussaal, der gegen 3000 Personen faßt, folgen wird, zu der die auswärtigen Vereine eingeladen werden. Am Montag, den 10. d. findet dann im Stadthausaal die Abstimmung vor dem Notar statt. Gegen ähnliche Szenen, wie in Steinbach, ist man vorbereitet, den gefährlichen Schutz anzurufen.

München, 3. Februar. Wie man der „L. Z.“ schreibt, wird das Herz der dahingegangenen Kaiserin-Wittve von Brasilien hierher gebracht werden, um an der Seite der irischen Hülle ihres Vaters, des Herzogs von Leuchtenberg, in der Gruft der St. Michaelskirche beigesetzt zu werden. — Aus dem Treiben der „Bauernvereine“ theilt das „Regensb. Tagbl.“ die nachstehende ergötzliche Probe mit: „Vor einiger Zeit fand in dem Markte Schmidmühl eine Versammlung des bairisch-patriotischen Bauernvereins statt, welcher auch der Großmeister dieser Vereine, der Baron Hasenbrädel, beizuhönte, der den nichts weniger als zahlreich erschienenen Bauern in seiner Weise vorzuschwätzte. Unter Anderem äußerte er: „Man macht uns den Vorwurf, daß wir die Religion ins Wirthshaus ziehen, aber Religion und Politik sind unzertrennlich, und es ist doch besser, man redet von der Religion, wenn lauter ehrliche und verheirathete Männer beisammen sind, als wenn man die Saugloden lüftet, wie es bei uns drunten ist, und als Euer Bauernvater warne ich Euch, laßt Euch keinen Raufsch und prügelt Eure Weiber nicht, wenn Ihr nach Hause kommt von der Versammlung, wie uns das „Passauer Tagblatt“ zum Vorwurf macht, sondern empfangt Eure Weiber mit offenen Armen; ein gehöriges Quantum, soviel Einer vertragen kann und soviel der Gerechtigkeit leidet, darf Einer schon trinken, aber ja keinen Raufsch.“ — Diefem und noch weiteren Unfuh folgte dann die Aufforderung zum Abonnement auf die Bauernzeitung und zum Eintritt in den Verein, welcher Aufforderung aber, soviel man bemerkte, Niemand nachgekommen ist. Dem Bauernvater sekundirte dann der Pfarrer und Landtags-abgeordnete Rufwurm, indem derselbe über Preußen und das deutsche Reich in der bekannten Weise, wie man es täglich in den ultramontanen Schmäbblättern, wie „Volkssblatt“, „Vaterland“ u. s. w. lesen kann, loszog. — Die „Wochenchrift der Fortschrittspartei in Baiern“ bespricht die jüngsten Reden des Fürsten Bismarck und bemerkt dazu: „daß er uns Baiern einen blauweißen Reichskanzler in der Perspektive zeigte, war ein humoristischer Witz. Leider würden wir zur Stunde wohl keinen präsentablen Kandidaten auf dem Lager haben.“

Deutsches Reich.

Wien, 4. Febr. Wie die „Wiener Ztg.“ amtlich meldet, hat der Kaiser mittelst Entschließung vom 23. Januar d. J. genehmigt, daß

für die griechisch-orientalischen Bisthümer in der Bukowina und Dalmatien eine selbständige, der serbischen und rumänischen koordinirte Metropole errichtet und daß die bischöfliche Kirche in der Bukowina zur Metropolitankirche erhoben werde. Gleichzeitig hat der Kaiser den griechisch-orientalischen Bischof in der Bukowina, Eugen Hademann, zum Erzbischof und Metropolit für die griechisch-orientalischen Bisthümer in der Bukowina und Dalmatien ernannt. Bischof Hademann gilt für einen treuen Anhänger der österreichischen Verfassung. Wie dem „Pester Lloyd“ berichtet wird, sollen die Verhältnisse in der serbischen Karlowitzer Metropole den Anlaß zu dieser Maßnahme geboten haben, da durch dieselben eine Störung in der kirchlichen Verwaltung in Dalmatien eintrat, deren Abschluß nicht abzusehen war. Die Motive für den erwähnten Schritt würden demnach ganz ausschließlich in der inneren Organisation der griechisch-orientalischen Kirche und nach keiner anderen Richtung hin zu suchen sein. Als selbstverständlich wird dem „Pester Lloyd“ hinzugefügt, daß die betr. Maßregel im vollen Einvernehmen der österreichischen mit der ungarischen Regierung erfolgte. Man hat darin eine nothwendige Konsequenz des auf politischem Gebiete durchgeführten Dualismus zu erblicken; aus derselben Rücksicht wurde vor Kurzem auch die Benediktinerabtei Zaslav in Ungarn von der Abtei Göttweil getrennt und zu einer selbständigen ungarischen Abtei erhoben.

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Die Rede des Präsidenten der Republik vor der Dreißiger-Kommission hat gezeigt, daß der Versöhnungsdunst, der über dem Palaste der Präsidentschaft schwebte, eben Dunst war. Ueber das Veto, über die Interpellationen, über die Einbringung der Vorschläge, wie über Errichtung einer zweiten Kammer gegen die Ansichten beider Theile nach wie vor aus einander, aber im Tone spielt Thiers die leibhaftige Versöhnlichkeit fort. Thiers zählt wieder stark auf die Unterstützung des rechten Zentrums und auf alle diejenigen, die nicht wollen, daß der Chef des Staates nur eine Drahtpuppe der Royalisten werde. Kasimir Perier und seine Freunde vom rechten Zentrum, auf welche die Royalisten in Folge ihres Bruchs mit dem linken Zentrum mehr oder weniger rechnen, haben schon jetzt Front gegen die Royalisten gemacht, da sie wohl für die ministerielle Verantwortlichkeit sind, aber nicht gestatten wollen, daß man daraus eine Waffe gegen die Republik mache. Kommt die Sache vor die Kammer, so wird die Niederlage der Royalisten jedenfalls eine noch größere sein, als am 29. November. Was das Land anbelangt, so steht dasselbe in seiner großen Majorität auf Seite des Herrn Thiers. Höchstens findet man, daß derselbe zu langmüthig ist. „Der Chef des Staates braucht nur auf diesem Wege fest zu bleiben, und das ganze Land steht hinter ihm!“ ruft ihm Siecle zu. „Das Land wird der festen Sprache des Herrn Thiers Beifall zuzurufen.“ schreiben die Debats, „er ging bis an die äußerste Grenze des Möglichen, aber nicht darüber hinaus.“ Bleibt Thiers fest auf dem Boden der Vorschläge, so werden alle Pfeile der Reaktion von ihm abprallen; aber auch nur auf diesem Boden. — Wir hatten vor Kurzem den französischen Bericht über einen Prozeß vor dem fünften französischen Kriegsgericht der mit geschäftigen Angriffen gegen die deutsche Armee gespickten Anklageschrift des (Fortsetzung in der Beilage.)

Entlehnung aus dem Griechischen auch beibehalten werden könnte, vielleicht: Korn? — Diese Grundmaße werden nun jetzt multipliziert durch Vorsehen der griechischen (?) Zahlen, dividirt durch Vorsehung lateinischer — was jedenfalls recht schlau und zur Befestigung des Wissens eines Gymnasial-Quartans recht wohl geeignet ist, doch auf den wissenschaftlichen Standpunkt einer Dienstmaße vom Lande oder aus der Stadt in unböflicher Weise zu wenig Rücksicht nimmt. Es heißt darnach: ein Dekameter = 10 Meter, ein Dezimeter = $\frac{1}{10}$ Meter — o weiser Daniel! könnten wir das nicht einfach und deutsch so machen, daß wir in unserer Sprache den Multiplikator voran, den Divisor nachstellen, also z. B.:

statt 1 Kilometer	1 Tausendstab	schreibe 1 Ts.
= 1 Hektometer	1 Hundertstab	= 1 Hs.
= 1 Dekameter	1 Zehnstab	= 1 Zs.
= 1 Decimeter	1 Stabzehntel	= 1 sz.
= 1 Centimeter	1 Stabhundert (el)	= 1 sh.
= 1 Millimeter	1 Stabtausend (tel)	= 1 st.
statt 1 Hektoliter	1 Hundertmaß	= 1 Hm.
= 1 Dekaliter	1 Zehnmaß	= 1 Zm.
= 1 Deciliter	1 Maßzehn (tel)	= 1 mz.
= 1 Centiliter	1 Maßhundert (tel)	= 1 mh.
statt 1 Kilogramm	1 Tausendforn. Tausendgramm	= 1 Tk. (Tg.)
= 1 Hekagramm	1 Zehnfor. (gram)	= 1 Zk. (Zg.)
= 1 Decigramm	1 Korn (Gramm — Zehn tel.)	= 1 Kz. (gz.)

Endlich würde für „Ar“ = □ Zehnstab sich wohl auch ein Ausdruck finden lassen: Plan oder Feld oder Loos, woraus dann die deutsche Benennung für Felder sich ergäbe. — Außer dieser Bezeichnung hätten wir dann also für das gewöhnliche Leben und nur die drei Namen: Stab, Maß, Korn zu merken. Die Multiplikation ginae ganz in der gewohnten, einfachen und natürlichsten Art vor sich: 1 Ts. = eintaufend Stab (die Namen der Maße und Gewichte bleiben ja in der Mehrheit unverändert: auch der größte Grenadier hat nicht 6 Fuße und 3 Zölle, sondern nur 6 Fuß 3 Zoll, 7 $\frac{1}{2}$ Tausendstab u. s. w. sprich und behält sich auch nicht schwerer als 7 $\frac{1}{2}$ Kilometer und schreibt sich auch ganz bequem 7,5 Ts. Die vorgeschlagene Benennung der Brüche dürfte ebenfalls faßlich und handlich sein; auch klingt sie etwas an die schriftliche Bezeichnung der Dezimalbrüche an. Allenfalls könnte man ja auch, wie schon oben angedeutet worden, noch gar ohne jede Schwierigkeit und Weiterung statt: 2 Stabzehn, 3 Stabhundert, 4 Stabtausend sagen: 2 Stabzehntel, 3 Stabhunderte, 4 Stabtausendtel und hätte damit die Sache ganz klar, scharf und deutsch bezeichnet. Auch auf die Körper- und Flächenmaße läßt sich die vorgeschlagene Benennungsart recht wohl anwenden. Ein Raumstabzehn (tel) z. B. ist mit seinen 3 (4) Silben nicht länger als das sechsfilbige: Kubik-Kilometer, und wenn es etwas härter klingt, so wird das wohl keine zu große Unbequemlichkeit und Beschwerde für das deutsche Organ sein. Diefes ist ja, Gott sei Dank! noch nicht so schlaff und — maufault, daß es vor jeder kleineren Anstrengung zurückschreit und die Worte nur zermalmt, zerrieben, entnervt hervorbringt oder lispelt. An die anfangs freilich vielleicht nicht ganz glatt heraus wollenden, weil noch zu neuen, Zusammensetzungen würde es sich überhaupt schnell genug gewöhnen. Zuletzt will ich nun aber auch nicht verschweigen, daß gegen die Vorschläge: Dunderstab = 100 Stab, Stabhundert = $\frac{1}{100}$ Stab, die schon eingebürgerten: Jahrhundert, Jahrtausend, Jahrtausend sprechen. Aber das dürfte kein ausreißender Grund sein, die obigen Vorschläge, wenn sie sonst etwas taugen, zurückzuweisen, gegen sie könnte auch: Tausendfuß und ähnlich geltend gemacht werden.

Dixi et salvavi animam! Wer's besser weiß, mach's besser, aber vor allen Dingen: Gemacht werden muß etwas und zwar sobald als möglich. J. M.

Theater, Musik.

Berlin. Am Donnerstag ging im k. Schauspielhaus „Um Mä n a n c h“, historisches Lustspiel in 5 Aufzügen von Carl Robert, in Scene. Das Stück wurde mißlungen, die Darstellung gut und der Beifall demonstrativ befunden.

Als nettes Kuriosum veröffentlicht die „N. Fr. Pr.“ folgendes Zirkular das vor Kurzem von dem General-Intendanten der königlichen

Schauspiele in Berlin allen Mitgliedern der Hofbühnen gedruckt ins Haus gesendet ward. Es lautet: Den Mitgliedern der k. Theater empfehle ich im Interesse ihrer eigenen Gesundheit, so wie in dem des k. n i g l i c h e n D i e n s t e s nachstehendes Mittel, welches jeden ausbrechenden Schnupfen fortnimmt, ohne irgend einen sonstigen schädlichen Einfluß zu haben:

R. Acidi carbonici purissimi 5,0,
Spiritus vini rectificatissimi 15, 0.
Liquoris Ammon. caust. 5,0,
(ponder-specif. 0, 960),
Aqua destillat. 10,0.
M. det. ad vitrum nigrum cum pistom. vitro.

Am zweckmäßigsten ist es, wenn das Mittel, nach Angabe des Striches in zwei Theilen bereitet, in zwei besonderen Flaschen mit Glasstopfen aufbewahrt und zum Gebrauche erst in der Weise vereinigt wird, daß man aus jedem der Flaschen einige Tropfen in ein leeres Wasserfläschen gießt. Während man dann die Augen fest schließt, athme man mit Mund und Nase, unmittelbar über dem Glase, die Ausdünstung der Flüssigkeit ein. Wenn das Mittel im Ganzen, d. h. nicht in zwei getrennten Theilen bereitet wird, was allerdings ebenfalls geschehen kann, so nimmt dasselbe mit der Antisinfarbe einen penetranten üblen Geruch an.

Dieser originalen Zusage schließt sich ein Auszug aus der Berliner „Klinischen Wochenchrift“ an, welcher zum Schluß über jenes Schnupfemittel sagt: „Im ersten Augenblicke ist das stichende Gefühl in der Nase nicht gerade angenehm, beim ersten Schnupfen sogar schmerzhaft; aber Alle gewöhnen sich bald daran, selbst ganz kleine Kinder.“ Es scheint somit auch auf die Eleven des im königlichen Dienste stehenden Ballets die gebührende Rücksicht genommen worden zu sein.

Die Sonntagsvorstellung im Victoria-Theater hätte nach dem „B. B. C.“ leicht zu einer sehr unheilvollen werden können. Als Kränkel von Rheinfelden (Mephistopheles) im Anfang des Stückes den Eulenspiegel für Faust engagiert, geschieht die Auszahlung des Lohnes in selbsthändigem Papier. Das Papier entzündete sich jedoch zu früh und unmittelbar vor dem Gesichte der Dame, so daß Köstlin und Haare sofort in hellen Flammen standen. Zum Glück löschten die Anstehenden rasch die Flamme durch Erstickten, das Fräulein mußte für einige Zeit die Bühne meiden und schien, bei ihrem Wiederauftreten freundlich begrüßt, von der Flamme nicht weiter verletzt zu sein.

Fräul. Minna Hensel, ehemals Mitglied der Woltersdorff'schen Bühne und berühmt geworden durch die im Jahre 1870 beabsichtigte Gründung eines Amazonen-Regiments, ist von der Direktion des Victoria-Theaters engagirt worden.

Das Konzert, das Dienstag Abend unter Leitung Richard Wagner's im Konzerthause stattfand, hatte das Haus mit der Ausnahme des Berliner Publikum's gefüllt. Das Dirigentenpuß des Meisters war von Verehrern mit reichlichen Vorbeerkranzen geschmückt, die die deutschen Farben trugen. Eine Bewegung, der ähnlich, die sich kund gab, als Wagner, von dreimaligem Tusch beglückt, an das Dirigentenpuß trat, hat ein vereint Publikum noch nicht erlebt. Derartige Ovationen sind in Berlin noch nie einem Dichter wie einem Komponisten dargebracht. Blumen und Vorbeerkranze regneten auf den Geleiteten und noch die ersten Klänge der Tannhäuser-Ouvertüre wurden von den Hurrarufen und den jauchenden Hochs auf Richard Wagner überhört. Das Liebeslied des Siegmund aus der Walküre mußte Herr Memann da capo singen. Eine ähnliche Ovation wie zu Anfang wiederholte sich bei Beginn der letzten Scene, des Kaiserlichen und am Schluß. Als der Beifall, die Hochrufe nimmer enden wollten, trat Wagner wieder vor das Publikum und sprach mit bewegter Stimme etwa Folgendes: „Berechte Anwesende! Haben Sie herzlichsten, innigsten Dank für die liebevolle Theilnahme, die Sie heute meiner Kunst entgegengebracht. Wie ich Ihnen heute nur Versuche, nur Bruchstücke geben konnte, wie Ihr Beifall nur einer Hoffnung gilt, geht doch mein Streben auf die Vollendung, die Ausführung des Kunstwerkes, wie es mir vorsteht. Für diese Theilnahme Dank, herzlichsten Dank!“ Der Hof wohnte dem Konzert in der großen Mittelloge bei, wohin der Kaiser und die Kaiserin von

Mitgliedern des Wagner-Komite's geleitet wurden. Wagners Gattin befand sich in der Loge der Gemahlin des Hausministers v. Schleinitz.

Wien. Bekanntlich besteht hier das Verbot, daß österreichische Uniformen ohne markante Abänderungen nicht auf die Bühne gebracht werden dürfen. In Deutschland und Frankreich hat gerade die Bühne, die häufig Typen aus der heimischen Armee vorführte, viel dazu beigetragen, diese im Volke populär zu machen und in ihm den militärischen Geist zu pflegen. Hier scheint man aber diese Art der Popularisierung des Kriegerheeres nicht zu wünschen. Bei der Neuaufführung von Bauernfeld's „Helene“ im Burgtheater wagten es die Herren Sonnenhalt und Baummeister, dieses Verbot zu übertreten und in unvariirter k. k. Militär-Uniform aufzutreten. Das ward nun, wie das „Tagbl.“ erzählt, „höbernorts“ sehr übel vermerkt, und sollen sofort stritte Weisungen ergangen sein, auf daß solcher Frevel hinfür nicht mehr vorkomme.

Eine neue Krise an der Wiener Oper wird signalisirt. Frau Witt soll durch die glänzenden Bedingungen, die Fr. Ehm zugestanden worden sind, derart in Harnisch gebracht worden sein, daß sie jetzt auch „mehr“ will und im Verweigerungsfalle mit der Berliner Oper droht.

Paris. Die neueste Operette Offenbach's: „Les Braconniers“, hat, wenn auch keinen sensationellen, doch einen ganz bedeutenden Erfolg erzielt. Meister Offenbach soll übrigens noch andere Kinder seiner Muse bereithalten, die sofort nach ihrer Aufführung in Paris auch nach Wien versetzt werden. Für die Varietés arbeitet Offenbach gegenwärtig an einem Libretto von Labiche, das voll drohlicher Einfälle sein und den Wienern in Bälde durch das Theater an der Wien bekannt werden soll. Ueber die sonstigen Pläne des unternehmungslustigen Komponisten, der neben der musikalischen auch eine stark geschäftliche Ader besitzt, verlauten ganz interessante Dinge. Offenbach soll nämlich das Theater Gaite in Paris nicht gepachtet, sondern um den Betrag von 600,000 Francs gekauft haben; nach der Art moderner Gründer bezahlt er ein Drittel der Aufkaufsumme aus Eigenem, während die restlichen 400,000 Francs aus dem Wege der Aktien-Emission aufgebracht werden. Die neue Direktion wird schon im nächsten Herbst ihre Thätigkeit mit einer großen Offenbach'schen Ausstattungs-Operette beginnen, zu welcher die Compagnie-Firma Meilhac und Halévy den Text geliefert hat.

□ Dritter deutscher Musikertag.

Der musikalische Welt ist noch in Erinnerung, daß der in Magdeburg im Sept. 1871 abgehaltene II. deutsche Musikertag damals viel lebhafter, als sich erwarten ließ, das allgemeine Interesse auf sich lenkte. Der dritte Musikertag wird in Leipzig in den Tagen vom Ostermontag an, vom 14.—16. April d. J. zusammentreten. Auf demselben sollen erledigt werden: 1) die vom hiesigen Ausschusse ausgearbeitete Verfassung des Musikertages; 2) alle bisher gestellten Anträge, insoweit dies die Sachlage gestattet, als: Reform der musik. Pädagogik, des Schulgesanges und Seminar-musikunterrichts, Freirung einer Staatsbehörde für Musik, Konzertverbände kleinerer Städte, Anregung von Novitätenskonzerten, Hebung der Pflege der Musikinstrumente, sowie 3) noch etwa eingehende neue Anträge. Diese letzteren, zu deren Stellung jeder deutsche Tonkünstler berechtigt ist, sowie die Anmeldung von passenden Vorträgen (in Form von Referaten) sind schnelligst und spätestens bis zum 15. März anzumelden, und zwar entweder bei dem Vorsitzenden des Direktoriums des Allgemeinen deutschen Musikvereins, Hrn. Prof. C. Nibel (Leipzig, Lindenstraße 6) oder dem Vorsitzenden des ständ. Ausschusses Hrn. Prof. J. Alsleben (Berlin, Altkatholischer Platz 4) oder dem Schriftführer des Ausschusses, Hrn. D. Eichberg (Berlin, Alte Jakobstr. 146). Dieser letztere versendet auch auf Verlangen den oben erwähnten Statutenentwurf nebst einer erläuternden Denkschrift des Ausschusses, zu vorheriger Kenntnissnahme. Ein aus den namhaftesten Persönlichkeiten gebildetes Lokalkomitee in Leipzig wird den Gästen den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen bestrebt sein, und es werden sonach alle deutschen Tonkünstler zu recht zahlreichem Besuch dieses III. Musikertages eingeladen, zu dem Anmeldungen zur Theilnahme die drei obengenannten Herren ebenfalls entgegennehmen.

Das Abgeordnetenhaus nimmt in seiner heutigen Sitzung die durch die Kirchengelege unterbrochenen Staatsberatungen wieder auf. Zunächst gelangt der Eisenbahnetat zur Beratung und mit diesem ist die Wiederaufnahme der allgemeinen Debatten über die von dem gegenwärtigen Handelsminister befolgte Eisenbahnpolitik, namentlich die Handhabung des Eisenbahnkonfessionswesens zu erwarten. Der Abg. Kasper hat für diese Beratung sich die Erwiderung auf die Einwände und tatsächlichen Ausführungen vorbehalten, welche gegen seine Angaben und Ausführungen bei Gelegenheit der ersten Beratung des Eisenbahnleihegesetzes seitdem gerichtet worden sind. In der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses bei der Vorberatung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung war, wie schon erwähnt, von dem genannten Abgeordneten der Antrag gestellt worden: „Die Staatsregierung aufzufordern, ein Verzeichnis aller seit dem Jahre 1862 erteilten und versagten Konfessionen zu Eisenbahnbauten mit dem Namen der Konfessionäre und Antragsteller unter Bezeichnung der projektirten Bahnlücken, sowie der für die Herstellung beantragten Summen an Stammkapital, Stamm-Prioritäts-Aktien und Prioritäts-Obligationen möglichst bald dem Abgeordnetenhaus vorzulegen,“ und es war noch eine Erweiterung desselben dahin in Aussicht gestellt, daß auch ein Verzeichnis der erteilten und versagten Genehmigungen zu Vorarbeiten von der Staatsregierung verlangt werden würde. Der bei der Beratung dieses Antrages anwesende Ministerialdirektor Weishaupt erklärte sich gegen die Erweiterung des Antrages, erhob dagegen keinen Widerspruch gegen den Hauptantrag. Abg. Kasper zog in Folge dessen die Anträge in der Kommission zurück, befiel sich aber die Einbringung derselben im Plenum vor und ist dieselbe für heute zu erwarten.

Unser berliner Δ-Korrespondent hat bereits hervorgehoben, daß die letzte Erklärung der „Prov.-Korr.“ in der Presse einen sehr guten Eindruck gemacht hat, da die gouv.mentale Aeußerung zeigt, daß sich die Regierung durch die leeren „Drohungen der Ultramontanen“ von ihrem Ziele nicht abwenden läßt. Auch die nationalliberale Korrespondenz spricht ihren Beifall über jene Erklärung aus und sagt: Wir können unsererseits der Regierung die Versicherung erteilen, daß sie in dem Kampfe, welchen nicht sie, sondern eine auf die Leitung der Angelegenheiten der katholischen Kirche einen immer größeren Einfluß gewinnende staatsfeindliche Partei herausbeschworen hat, die Mehrheit der Volksvertretung und die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite haben wird. Sollten den ultramontanen Drohungen Thaten folgen, so wird die Regierung in den gesetzlichen Befugnissen, welche sie besitzt, die Mittel finden, um die Folgen dieser Thaten auf ihr Urheber zurückfallen zu lassen. Die Volksvertretung wird nun, falls diese Befugnisse sich nicht als ausreichend erweisen sollten, die Staatsgewalt auf Verlangen mit größeren Vollmachten ausrüsten. In diesem Kampfe darf die Staatsgewalt nicht unterliegen.

Das neueste päpstliche Breve ernannt Mermillod zum apostolischen Vikar des Generalgouvernements. Die römische Kurie beabsichtigt, die Absetzung des Bischofs von Basel und Sprengung des Bisthums mit der Gründung einer Diözese der Urkantone zu beantworten, die bis jetzt theilweise provisorisch dem Bisthum Chur, dann wie Luzern und Zug dem Bisthum Basel zugetheilt waren. Es wäre das die folgenreichere Errichtung einer ultramontanen Festung im Herzen der Schweiz, die letzte Etappe zu einem neuen Sonderbund, da unter dem Deckmantel gemeinsamer kirchlicher Organisation der sämtlich rabschwarzen und fanatischen Urkantone sich sofort eine politische spezielle Organisation derselben, ein zweiter Sonderbund etablieren würde. Die Diözesan-Konferenz eines urkatholischen Bisthums wäre nichts anders, als ein politischer Kriegsrath der fünf Kantone in zweiter Auflage. So wenig Ausichten gegenwärtig die neue Sonderbünderei hätte, der religiöse und politische Fanatismus setzt sich über die Erfolgsberechnungen hinaus, wie man schon im Jahre 1847 gesehen hat, und erstliche politische Wirren, die wahrscheinlich wieder nur mit Waffengewalt unterdrückt werden könnten, stünden in Aussicht. Es ist keine Frage, daß der Bund die neue Bisthumschöpfung nicht akzeptiren würde, er wird sich aber vorzusehen haben, daß Rom nicht in Luzern wie in Genf mit einem fait accompli an's Tageslicht tritt, das in ersterem viel gefährlicher wäre, als es in letzterem war. Es wäre das der Funke an dem Pulverfaß der hochgeheizten Leidenschaft in den inneren Kantonen, die sich, wie in Zug, bereits in Unruhen fundgegeben hat. Zwar die Bundesreform könnte durch eine eidgenössische Intervention nur gefördert werden, wie schon die jetzige Bundesversammlung nur nach den Gewaltmaßregeln des Jahres 1847 möglich war; zwischen der jetzigen und neuen eidgenössischen Verfassung würde aber doch der Bürgerkrieg stehen und es könnte an dem Bedauerlichen des Ereignisses immerhin der Umstand nur wenig mindern, daß die schwarzen Kantone ihn haben wollten.

In der Rede Thiers', welche das vorgestrichene Telegramm im Auszuge bringt, sind verschiedene Fundamentalfragen ersten Ranges berührt. Alle besonnenen Franzosen, so argumentirt der Präsident, werden sich nicht verhehlen können, daß das suffrage universel, so wie es gegenwärtig ausgeübt wird, für Frankreich ein verhängnisvoller Faktor geworden ist und es ist bereits bei der Diskussion des noch immer seiner Erledigung harrenden Wahlgesetzes regierungsfreudig darauf hingewiesen worden, wie wünschenswerth es sei, die aktive Wahlbarkeit nicht wie bisher mit dem 21., sondern mit dem 25. Lebensjahre beginnen zu lassen. Motivirt wurde dieser Vorschlag mit einem Hinweis, der im Lande der Egalité hätte unbedingte Anerkennung finden müssen, nämlich auf die Bestimmungen des Wehrgesetzes, welches bekanntlich den aktiven Soldaten das Wahlrecht entzieht. Wenn nun, so lautet das Argument, der kräftigere Theil der herangewachsenen Jugend, welchem die ernste Pflicht eines vierjährigen Dienstes bei der Fahne zufällt, auf dieses Recht verzichten muß, so erscheint es nicht mehr als billig, dasselbe auch jenen nicht zu belassen, welche dem Vaterlande ihren Dienst nicht widmen. Herr Thiers scheint in seiner gestrigen Rede auf dieses Argument zurückgegriffen zu haben, als er erklärte, daß die gegenwärtige Anwendung des allgemeinen Stimmrechts der Garantien für die Moral und die Identität der Wähler entbehre. Allerdings sind die „förderlichen Bataillone“ der pariser Nationalgarde, die lyoner Bestrebungen, die auffallende Bedeutung, welche Phrasen und einzelne Persönlichkeiten gewinnen, die atomistische Zersplitterung alles dessen, was wir unter dem Namen Frankreich begreifen, Beweise genug dafür, daß eine gründliche Reorganisation der französischen Staatslebens beginnen muß. Aber das allgemeine Stimmrecht ist schwerlich der richtige Punkt, an welchem der Hebel angelegt werden muß.

Die englische Thronrede (S. unser Morgenblatt) bestätigt die Nachrichten, welche schon das Petersburger Journal über die Beilegung des Khivaireites gebracht hatte. Danach ist nördlich von Afghanistan eine Grenzlinie paktirt, welche die Scheidewand der beiderseitigen Machtphären bilden soll. Unter dem Einfluß der heutigen Kultur, in welcher die Völker eine Stimme gewonnen haben, im Zuge einer Politik, welche ihnen gerecht werden muß, ist eine Entscheidung getroffen, die den Interessen aller dient. Die neuen Handelsverträge, die Bemühungen der englischen Regierung zur Beseitigung des Sklavenhandels im Osten Afrikas, die Schiedssprüche in der Alabama- und San-Juan-Frage — alles dies gehört zur Signatur unserer Zeit und der festen, aufrichtigen und oftmals entscheidenden Haltung des Berliner Kabinetts gebührt ein gutes Theil solcher Erfolge.

Für das auf dieser Seite folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Vorzüglichstes Kräftigungsmittel.

Berlin, den 19. Dezember 1872. Meine Frau ist durch den mehrmaligen Gebrauch Ihres vorzüglichsten **Malz-Extrakt-Gesundheitsbieres** so gekräftigt worden, daß sie vorläufig weiteren Gebrauchs desselben nicht bedarf. Paul Wagner. Moritzstraße 21.

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Krenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomysel Herr A. Hoffmann; in Reutichen Herr H. Maasard; A. Jaeger, Konditor in Gräg; in Schrimm die Herren Cassariol & Co.; in Schroda Herr Fischeil Baum; in Wronowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalesciere Du Barry von London.“

Bei allen Krankheiten bewährt sich ohne Medicin und ohne Kosten die delicate Gesundheitspeise Revalesciere du Barry von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln und Speisen erspart.

Auszug aus 75,000 Genesungen an Magen-, Nerven-, Unterleibs-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimm-, Athem-, Drüsen-, Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien gratis und franco gesendet werden:

Certificat Nr. 64.210.

Neapel, 17. April 1862.

Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit sieben Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und Leiden aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu schreiben; hatte ein Zittern aller Nerven im ganzen Körper, schlechte Verdauung, fortwährende Schlaflosigkeit und war in einer steten Nervenaufregung, die mich hin- und hertrieb und mir keinen Augenblick der Ruhe ließ, dabei im höchsten Grade melancholisch. Viele Aerzte hatten ihre Kunst erschöpft, ohne Bänderung meiner Leiden. In völliger Verzweiflung habe ich Ihre Revalesciere versucht und jetzt, nachdem ich drei Monate davon gelebt, sage ich dem lieben Gott Dank. Die Revalesciere verdient das höchste Lob, sie hat mir die Gesundheit völlig hergestellt und mich in den Stand gesetzt, meine gesellschaftliche Stellung wieder einzunehmen. Mit innigster Dankbarkeit und vollkommener Hochachtung.

Marquis de Bréhan.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalesciere chocolattée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalesciere-Bisquit in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke **A. Pfuhl, Krug & Fabricius, F. Fromm, Jacob Schlesinger** Söhne in; Polnisch-Willa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Fritz Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

Kiefern-Wald-Verkauf.

Von dem zum hiesigen Dominio gehörigen Walde sollen circa 406 Morgen Kiefern-Bestände, unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen, die auch abschriftlich gegen Erstattung der Kopialien zu erlangen sind, öffentlich meistbietend verkauft werden und habe hierzu Termin auf

Montag den 24. Februar c., Mittags 12 Uhr, im Gasthaus „Zum Englischen Hause“ zu Bromberg anberaumt.

Der Wald liegt 1/8 Meile von der von Bromberg nach Snowracław führenden Chaussee und Eisenbahn, deren nächster Bahnhof Hopfengarten 1 1/4 Meile und die flößbare Neze etwa 1/2 Meile entfernt ist. Die Holzbestände können jeden Tag besichtigt werden und ist der hiesige Förster Friedrich beauftragt, jedem Kauflustigen dieselben zu zeigen.

Dombrowken p. Gr.-Neudorf, 2. Februar 1873.

W. Schulze,

Rittergutspächter u. General-Bevollmächtigter.

250 Schock Bretter.

3/4, 1/4, 5/4 u. 6/4 werden von einem Berliner Hause gegen **Casse** zu kaufen gesucht, **franco Berlin**. Offerten mit Preisangabe zc. sub **J. 759** an die **Annoncen-Expedition** von **Zeidler & Co., Berlin, Leipzigerstraße 37.**

Cirous Salamonski

auf dem Kanonenplatz.

Sonnabend den 8. Februar 1873, **Abends 7 1/2 Uhr,**

Große Vorstellung.

Auftreten des Mr. Cleo,

genannt der fliegende Mann,

in seinen bisher hier noch nie gesehenen Productionen und Doppel-Saltomortales.

Die 6 Rapphengste, vorgeführt vom Director.

Auftreten des Chinesen Mr. Ng Czi.

Die 2 Herkules auf 2 Pferden, von Mr. John und Adolf Wells.

Monplaisir, geritten von der Directorin Frau Lina Salamonski.

Sonntag, Nachmittags 4 1/2 Uhr,

Kinder-Vorstellung

bei brillanter Beleuchtung.

In unserem Verlage ist erschienen:

Comtoir-Wand-Kalender für 1873.

Im Duzend 24 Sgr., einzeln 2 1/2 Sgr.

Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co. (E. Röstel).

Frische Raps- und Feinkuchen,

Roggenkleie und Roggenfuttermehl,

Weizenschaaale und Weizenfuttermehl,

sowie alle anderen Futterstoffe, als:

Hafer, Erbsen, Wicken, Lupinen zc.

empfehl

Ostdeutsche Producten-Bank.

Schönebecker Viehsalz

empfehl in Originalsäcken von Netto 150 Pfund für 28 Sgr.

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Dem Herrn **D. Lask** in Posen haben wir den alleinigen Verkauf unserer Dampfmehl-Fabrikate für Posen und Umgegend, verbunden mit einem Commissions-Lager, aus welchem auch Detail-Verkäufe stattfinden, übertragen. Derselbe ist in den Stand gesetzt, unsere Mehlfabrikate zu Fabrikpreisen abzugeben. Das Verkaufslöcal befindet sich **St. Martin- und Große Ritterstraßen-Ecke 67.**

Die Jlgnerische Dampfmühle bei Fraustadt.

St. von Keszycki.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfehle ich die Niederlage, die gleichzeitig mit einer Vorkosthandlung verbunden ist, dem geehrten Publikum zur gefälligen Beachtung. Jedes Quantum Mehl wird frei ins Haus geschickt.

D. Lask,

St. Martin- u. Gr. Ritterstr.-Ecke 67.

Wer eine Annonce

hier oder auswärts v. öffentlichen will, der beauftrage damit die Unterzeichneten, deren **auschließliches** Geschäft es ist, Anzeigen in alle Zeitungen der Welt zu den **Originalpreisen** zu vermitteln.

Haasenstein & Vogler,

domizil et in:

Basel, Berlin, Bern, **Breslau**, Chemnitz, Chur, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Grlbourg, St. Gallen, G. n. f. Halle, **Hamburg**, Köln, Lausanne, Leipzig, Lübeck, Luzern, Magdeburg, Mannheim, M. g. München, Neuchâtel, Nürnberg, Prag, Pest, Strassburg, Stuttgart, Wien, Zürich.



Von **Bremen** nach **Neuhort** wird am Donnerstag, den **27. März 1873**, expedirt der eiserne Schraubendampfer I. Klasse **Emid**, Capt. **A. Dannemann**. **Passage-Preise** einschließlich Verpflegung: 1. Klasse 90, II. Klasse 60, III. Klasse 30. Zwischenzeit 45 für die erwachsene Person. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte, Säuglinge 25.

Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Der Vorrath:

Siedenburg, Wendt & Co. in Bremen. Die nächstfolgende Expedition findet Ende Mai statt.

Major's Garra's einige Stellen entnommen. Jetzt nun meldet ein pariser Blatt auf Veranlassung Klemens', der Major Garra sei in seinem Bureau erschienen und habe erklärt, daß die Analyse seiner Anklageschrift in den französischen Journalen ungenau gewesen sei, daß seine „energischen Worte“ nicht gegen die deutsche Armee, sondern gegen ein kleines Detachement gerichtet waren, und daß der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ wenn derselbe den Debatten beigewohnt hätte, seine Worte nicht so energisch gefunden haben würde. Der Major scheint eine Art von Rückzug auf bescheiden zu haben. — Die Zahl der französischen Bischöfe, welche durch offene Briefe Thiers mit groben Worten zur Intervention in der römischen Klosterfrage treiben wollen, beträgt laut dem Univers 63. Der Episkopat marschirt auf Kommando vom Vatikan wie eine Kompanie Gendarmen. Das ist Thatsache; aber ob Thiers sich weiter treiben lassen wird, als es zu Frankreichs Frieden dient, ist zu bezweifeln.

Paris, 4. Februar. Die französische National-Versammlung hat wieder einmal eine jener gefährlichen Krisen durchgemacht, welche Niemandem zum Nutzen und Jedermann zum Schaden gereichen. Der dreitägige Kampf endigte mit einem von einer überwiegend großen Majorität ertheilten Tadel-Votum gegen die Republikaner, welche in Lyon die rothe Fahne aufgezogen hatten. Die Hauptsache, die Versammlungselbst nämlich, hatte man fallen lassen. Dies beweist schon mehr als zur Genüge, daß die überaus heftigen Debatten nur persönliche Ränkes und politische Parteizwecke und nicht die eigentliche finanzielle Frage zum Gegenstande hatten. „Wann kommt das Votum der verfallenen Versammlung über die weiße Fahne?“ fragt maliziös die „Republique Française“. Die Journale nennen die Dreikaiser-Kommission den „weißen Wohlfahrtsausschuß“ und freuen sich der Standhaftigkeit des Präsidenten. Das Thiers zum Neuesten entschlossen ist, beweist eine Mitteilung der „Independance belge“, wonach er gekündigt haben soll, er sei wohl zur Versöhnung geneigt, doch wenn man ihm diese Mäßigung erschweren wolle, werde er Widerstand leisten und an die Kammer und das Land appelliren. „Ich weiß, daß Frankreich mit mir ist“, schloß Thiers seine Bemerkung.

Spanien

Madrid, 2. Februar. Die Erklärung des Minister-Präsidenten, daß der Karlistenaufruf, nachdem jetzt schon die Bande im Maestrago, die Scharen Sabells' und anderer Führer geschlagen worden, in Bälde unterdrückt sein würde, hätte wohl noch bessere Wirkung gemacht, wenn man an derartige Versicherungen nicht schon zu sehr gewöhnt wäre. Hoffentlich aber wird General Moriones seine Aufgabe bald wenigstens so weit ausgeführt haben, daß die Nordbahn und die dortige Verbindung mit Frankreich wieder frei wird. Jetzt ist der Postverkehr mit dem Nachbarlande nur durch Katalonien möglich. San Sebastian, heißt es, ist noch immer von dem Verkehr mit dem Innern abgeschnitten und sogar mit Bilbao ist nur zur See Verbindung. Doch wird der Angriff auf letztere Stadt, mit welchem die Karlisten drohen, wohl wenig zu bedeuten haben.

Gegenüber den Angaben, daß der Herzog von Montpensier sich mit Isabella ausgesöhnt habe, nimmt sich ein Briefwechsel sehr eigentümlich aus, welchen die Epoca ausgangsweise veröffentlicht und woraus das Diario de Barcelona folgende Mittheilungen macht. In einem Briefe an die Königin Christine zeigt der Herzog seinen Bruch mit den Alfonsisten an, indem er seinen Beschluß mit dem Zwiste begründet, welcher zwischen der Königin Isabella und ihrem Gemahl Franz von Assisi herrscht, ein Zwist, der seiner Meinung nach zum großen Theile an der September-Revolution schuld und der Sache Don Alfonsos im höchsten Grade schädlich sei. Der Herzog beklagt sich außerdem darüber, daß man, ohne ihn zu Rathe zu ziehen, einem konservativen General, der früher einen der ersten Posten einnahm, Auerbietungen gemacht habe. Die Epoca läßt darauf den Brief der Königin Christine an ihre Tochter folgen, in dem sie derselben das Schreiben des Herzogs überfendet und sie ermahnt, sich mit diesem ins Einvernehmen zu setzen. Endlich veröffentlicht das genannte Blatt ein Schreiben der Königin Isabella, wodurch sie erklärt, die Verzichtleistung des Herzogs anzunehmen und jede Verbindung mit ihm abzubrechen. Sie schiebt demselben zugleich die Schuld für ihren Fall zu, indem sie hinzufügt, daß sie nach wie vor allein mit ihrem Sohne in der Fülle ihrer königlichen Vorrechte bleibe und sich vorbehalte, ihre Sache und die Zukunft der Dynastie in die Hände des Ersten zu legen, der ihre Fahne mit hinreichenden Kräften und Hilfsmitteln in Spanien erheben würde. Leider fehlt das Datum der Briefe; doch sind sie allem Anscheine nach aus neuerer Zeit. Den spanischen Bourbonen scheint es gerade so schwer zu werden, sich unter einander zu vertragen, wie den französischen, welcher Zwiespalt für die Ruhe des Landes allerdings nur ein Gewinn ist.

Italien

Rom, 2. Februar. Die demokratische Presse Italiens kann sich noch immer nicht über die Zeichnungen zur Errichtung eines Denkmals für Napoleon III. in Mailand beruhigen, und dies um so weniger, als die Gegendemonstration, nämlich die Sammlung für ein Mentana-Monument, trotz der Theilnahme einer großen Anzahl von Deputirten, deren Zahl auf 75 angegeben wird, keinen rechten Fortgang nehmen will. Den Plan, ein Denkmal für Napoleon hier in Rom zu errichten, hat man mittlerweile ganz aufgegeben, man hätte auch keinen weniger geeigneten Ort finden können. Unterdeß haben auch hier die Sammlungen für das mailänder Monument begonnen, nicht ohne den lebhaften Widerspruch der demokratischen Blätter. Eines derselben, die „Kapitale“, läßt sich heute so darüber aus: „Was wir für unmöglich hielten, ist eingetreten. Auch hier, in Rom, welches doch seine Freiheit nur dem Falle Napoleons verdankt, will man für Errichtung eines Monuments für ihn beitragen. Rom hätte das Recht, den Todestag des Mannes als einen Festtag zu begehen, zu dessen Begehen es niemals seine Freiheit erhalten konnte, und dieses Gefühl hat bis gestern in der überwiegenden Majorität der Bevölkerung vorgewaltet. Jetzt aber hat das Ministerium die Sammlung eröffnet, und das ist natürlich, weil es dieselbe Politik wie der Verstorbene verfolgt hat, nämlich die, niemals nach Rom ziehen zu wollen. Es will damit zur selben Zeit der gegenwärtigen Regierung Frankreichs einen Hieb versetzen, weil dieselbe, als eine republikanische, ihm Furcht einjagt.“

Großbritannien und Irland

London, 4. Februar. Es ist traurig, daß Tausende von armen Leuten, zumal solche, die sich sonst ihr Brot auf der Themse und in den Docken verdienen, durch den Frost mit einem Schläge beschäftigungslos werden und zur Straßenbettelerei greifen. In der Hauptstadt blüht öffentliche und private Miththätigkeit der vorübergehenden Noth

noch ziemlich rasch ab, schlimmer dagegen ist es auf dem flachen Lande, und aus den Kohlenbezirken von Wales, woselbst viele Tausende von Bergwerks- und Eisenarbeitern in einer massenhaften Arbeitslosigkeit begriffen sind, lauten die Berichte äußerst betrübend. So lange das Wetter milde war, gestaltete die Existenz der dort im Strife Begriffenen sich, wenn nicht gerade überaus beaglich, doch allenfalls erträglich, Ungleich schlimmer ist daselbst die Lage, seitdem Noth an Feuerung sich der schmalen Kost zugesellt. Große Schwärme bettelnder Frauen wandern von Haus zu Haus und bitten um einen Bissen Brot. Die sonst so starken, rüstigen Arbeiter aus den Eisenwerken schleichen gebeugten Hauptes und blassen Angesichts daher. Was zu zu versehen war, ist längst verpfändet, nothdürftig schält die leichte Kleidung sie gegen den plötzlich eingetretenen Winterfroß. Aber trotz alledem ist vorerst noch keine Aussicht auf eine Wiederaufnahme der Arbeit vorhanden. Die Eisenarbeiter möchten wohl gern, aber so lange die Kohlenarbeiter, die von ihren Gewerbevereinen wöchentliche Unterstützung erhalten und von diesen zum Aushalten gezwungen werden, auf dem Strife beharren, fehlt es den Eisenhütten an Brennstoff und somit den Meistern sowohl wie den Arbeitern an der Möglichkeit, die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen. Wie viel unverschuldetes Elend dadurch erzeugt wird, davon kann man sich kaum einen Begriff machen, und wie lange dieser Zustand noch anhalten wird oder auch anhalten kann, ohne daß die Letzte zur Verzweiflung getrieben werden, entzieht sich jeder menschlichen Berechnung. — Eine Anzahl von Vertretern der Presse und wissenschaftlichen Fachmänner war am 1. d. M. eingeladen worden, die neue Gasbereitungsanstalt zu besichtigen, welche das Rudolfs Gasbereitungs-patent verwerthen will. Das durch sie erzeugte Brenngas übertrifft an Leuchtstoff das bisher gebräuchliche londoner Gas ganz entschieden. Die Herstellungskosten sind dabei geringer. Das Wesentliche des Verfahrens besteht darin, daß durch die Zersetzung von überhitztem Wasserdampf in Retorten Hydrogen gewonnen und später durch Petroleum geleitet wird, von dem es so viel in sich aufnimmt, um als vortreffliches Leuchtgas verwendet werden zu können. Abgesehen davon, daß die Gesellschaft es um 1 S. 8 D. (ungefähr 16 1/2 Sgr.) für 1000 Kubfuß, somit um die Hälfte wohlfeiler als das bisher übliche Brenngas zu liefern im Stande wäre, soll dieses neue Produkt angeblich viel reiner brennen und frei von mancherlei Uebelständen sein, an denen unser bisher gebräuchliches Kohlenwasserstoffgas leidet.

Rußland und Polen

Petersburg, 3. Februar. Zu den großartigen Reformen, durch welche Rußland sich seit dem Anfang der sechziger Jahre hervortut, gehört auch die Regulierung des Städtewesens. Bis zu jener Zeit wurden die Städte nach einem Statute, welches 1785 erlassen ist, in einem militärisch-patriarchalischen Willkürregiment höchst persönlicher Natur verwaltet, indem der jedesmalige Gouverneur zugleich auch Höchstkommmandirender der Truppen seines Gouvernements, Chef der Verwaltungs- und Polizeibehörde und summas juxta in einer Person war. Man kann sich diese Verwaltungswirtschaft, die kaum für das vorige Jahrhundert taugte, vorstellen. Das Volk blieb völlig unrett und ohne alles Verständnis für das Wesen, den Zweck und die Segnungen der Selbstverwaltung. — Gleichzeitig mit der Bauernemanzipation ging man auch an die Regulierung der städtischen Verwaltung und es wurde zunächst probeweise in Petersburg, Moskau und Odessa eine Städteordnung eingeführt, die in vielen Punkten mit der preussischen Städteordnung der östlichen Provinzen Ähnlichkeit hatte, doch auch wieder in sehr wichtigen Punkten von derselben abwich. Die städtischen Behörden bestanden darnach aus dem Stadthaupt (Oberbürgermeister), die Stadtpolizey (dem Magistrat) und der Stadtduma (der Stadtverordnetenversammlung). Die Wahlen der Stadtduma, aus der die Uprava hervorgeht, erfolgte in Wahlversammlungen, welche nach den gesellschaftlichen Klassen gesondert waren, indem der Adel, der Kaufmannstand, der Bürgerstand, die Handwerker u. jeder für sich seine besondere Kandidaten wählte. Im Verlauf der Zeit hat sich diese 1870 probeweise eingeführte Städteordnung nicht als ausreichend erwiesen und es wurde deshalb eine neue Städteordnung entworfen und unterm 16. Juni 1870 publizirt, welche sich namentlich dadurch von der früheren unterscheidet, daß nicht mehr nach den Klassen der Gesellschaft, sondern nach Steuerklassen gestimmt wird.

Warschau, 5. Februar. Der petersburger Hof hat durch den Tod der Großfürstin Helena Pawlowna, der Wittve des Großfürsten Michael Pawlowitsch, des Bruders des Kaisers Nikolaus, einen empfindlichen Verlust erlitten. Die verstorbene Großfürstin war eine hervorragende Persönlichkeit in der diplomatischen Welt und wurde oft zu heiligen diplomatischen Missionen an auswärtige Höfe gebraucht. Bekannt ist ihre besondere Freundschaft für den berliner Hof, dem sie in politischer Hinsicht oft wichtige Dienste geleistet hat. Ihr Charakter war entschieden und energisch und sie fürchtete selbst den Kaiser Nikolaus nicht, vor dem ganz Rußland und die kaiserliche Familie zitterte. Man erinnert sich hier noch eines Vorganges aus dem Jahre 1849, der für die Geistesstimmung der verstorbenen Großfürstin charakteristisch ist, und der deshalb verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden. In dem genannten Jahre weilten hier gegen Ende des ungarischen Aufstandes der Kaiser Nikolaus und der Großfürst Michael. Der junge Paskevitsch, der Sohn des die russische Armee in Ungarn kommandirenden Feldmarschalls Fürsten Paskevitsch, traf als Kurier aus Ungarn mit der Nachricht ein, daß die magyarische Armee die Waffen gestreckt und sich dem russischen Oberbefehlshaber auf Gnade und Ungnade ergeben habe. Der Kaiser Nikolaus, hoch erfreut über diese Nachricht, ernannte den jungen Hauptmann auf der Stelle zum Gardeoberst und steckte ihm mit eigener Hand die Oberst-Épaulettes an, die er einem seiner Adjutanten abnahm, wobei er bemerkte, er wisse nicht, wie er den hochverdienten Vater, den Feldmarschall, belohnen solle. Diese Bemerkung und die Gnadenbewehrungen, mit denen die Familie Paskevitsch überschüttet wurde, regten den bei dem Vorgange anwesenden Großfürsten, der die Hoffnung hatte, Statthalter von Polen zu werden, in dem Grade auf, daß er beim Festgehen des Pferdes vor Erschütterung und Born in Ohnmacht fiel und nach dem Schloß Belvedere getragen werden mußte, wo er schon nach einigen Stunden eines plötzlichen Todes starb. Die Großfürstin Helena Pawlowna, als sie ihren Mann auf der Bahre erblickte, rief in Gegenwart mehrerer hoher Würdenträger, sich mit finstern Blick an den Kaiser Nikolaus wendend, und voll Entrüstung aus: „Eto twoje djelo!“ (Das ist Dein Werk!) und entfernte sich mit eiligen Schritten. Der Kaiser Nikolaus verließ sofort Warschau, ohne dem Trauergottesdienste, der vor der Ueberführung der Leiche des Großfürsten Mi-

chael nach Petersburg mit großem Pomp in der hiesigen orthodoxen Kathedrale abgehalten wurde, beizumohnen.

Parlamentarische Nachrichten

* Die Geschäftsordnungs-Kommission hat die Frage, ob das Mandat des Abg. Perius durch dessen Beförderung zum Geh. Ober-Regierungsrath erloschen sei, bejahend beantwortet.

* Der Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung der Schlußscheine u. s. w., welcher der Reichssteuer-Kommission zur Vorberatung vorliegt, entspricht im Wesentlichen und abgesehen von den in Antrag gebrachten Steuerfögen dem im Jahre 1869 von dem Reichstag des norddeutschen Bundes abgelehnten Entwurf. Es sollen einer Stempelabgabe von 2%, Silbergrößen unterliegen: 1) alle Schlußnoten, Schlußzettel, überhaupt alle Schriftstücke über den Abschluß oder die Prolongation von Kauf-, Rückkauf- u. s. w. Geschäften, über Werthpapiere, über Quantitäten vertriebar Sachen und Waaren jeder Art; 2) alle Rechnungen (Noten), Verzeichnisse u. s. w. über gemachte Geschäfte in Bezug auf Kauf u. s. w. von Werthpapieren; beide aber nur, wenn das Geschäft oder Schriftstück einen Gegenstand von 50 Thalern oder mehr betrifft. Lombarddarlehen im Betrage von 50 Thln. oder mehr unterliegen einer Stempelabgabe von 1/2, per Mille jeder dargelegenen Summe. Inländische Aktien, welche nach Erlaß des Gesetzes ausgegeben werden, unterliegen einer Stempelabgabe von 1/2 Prozent des Wertes. Endlich sind ausländische Aktien, Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Korporationen, Aktien-Gesellschaften, industrieller Unternehmungen und andere für den Handelsverkehr bestimmte Schuldverschreibungen, wenn sie innerhalb des Reichsgebietes ausgegeben, oder wenn eine Zahlung darauf geleistet werden soll, einer Stempelabgabe von 1/2 vom Tausend unterworfen.

* Die „B. A. G.“ giebt folgende Uebersicht über die seit der letzten Session des deutschen Reichstages unter dessen Mitwirkung eingetretenen Veränderungen. Ausgeschieden sind die Abgeordneten v. Keudell wegen Beförderung im Reichsdienst zum Gesandten in Konstantinopel, v. Krzyzanowski in Folge Niederlegung des Mandats, Graf Dobna-Kozenar durch den Tod, Böhmer durch den Tod, Golsen durch den Tod, Reischer durch Niederlegung des Mandats, Genast in Folge Beförderung im weimarschen Staatsdienste, Briegleb durch den Tod. Wiedergewählt wurden Regierungsrath Genast (3. Wahlkreis des Großherzogthums Sachsen-Weimar) und der früher schon wegen Ernennung zum kaiserl. Appellrath in Colmar ausgeschiedene Herr v. Puttkammer I. im Wahlkreise Frankfurt. — Neugewählt wurden Staatsanwalt Kayser zu Kistritz an Stelle v. Keudells im Wahlkreise Königsberg i. d. Neumark; Probst Jandzowski in Bonn an Stelle des Herrn v. Krzyzanowski im Wahlkreise Krottsch, Kultusminister Dr. Falk an Stelle des Grafen Dobna im Wahlkreise Lüben-Bumslau, der kaiserl. Kammerpräsident Peterlen zu Stragburg an Stelle des Abgeordneten Golsen im Wahlkreise Kaiserlautern (derselbe hat bereits dem deutschen Reichsparlamente angehört), Stadtrath Dr. Weber zu Berlin an Stelle des Abgeordneten Briegleb im Herzogthum Coburg. — Erledigt sind augenblicklich die Wahlkreise Neumied (früherer Vertreter Böhmer) und Cannstadt in Württemberg (früherer Vertreter Reischer).

Lokales und Provinzielles

Posen, 7. Februar.

Die kgl. Regierung zu Köstlin hat unterm 29. Januar d. J. eine Verordnung, betreffend die Stellung und den Gebrauch der deutschen Sprache in den utraquistischen Schulen des Bezirks erlassen. Da in den utraquistischen Schulen bisher für die deutsche Sprache nicht genug geschehen sei, so wird für die Zukunft verfügt:

Die Unterrichtssprache ist fortan die deutsche, d. h. schon mit dem Eintreten der Kinder in die Schule hat sich der Lehrer dieser Sprache, zunächst allerdings unter Vermittelung der Muttersprache, zu bedienen, um sie mit den Namen und Bezeichnungen für einfache und nabeliegende Gegenstände und Verhältnisse bekannt zu machen. Im weiteren Verlaufe des Unterrichts tritt die Muttersprache mehr und mehr zurück, und auf der obersten Stufe (Abtheilung) darf der unterrichtliche Verkehr zwischen Lehrern und Schülern nur in deutscher Sprache stattfinden. Ausgenommen hiervon ist der Religionsunterricht, für den auch fernerhin die polnische Sprache gestattet ist. Das polnische Lesen erlernen die Kinder in vier Stunden wöchentlich, während der beiden ersten Schuljahre insoweit, daß sie den Katechismus und die biblische Geschichte lesen und die Religionspenfa aus den betreffenden Büchern lernen können. Ein besonderes polnisches Lesebuch ist nicht gestattet. Anleitung zum polnisch Schreiben findet nicht statt. Zur ersten Einführung der Kinder in die deutsche Sprache sind Sprachübungen unerlässlich, welche der Lehrer auf Grund von Bildertafeln anzustellen hat. Im Nebenunterricht ist die deutsche Sprache sofort zur Anwendung zu bringen; die Zahlen werden deutsch gelernt. Das Deutschschreiben beginnt mit dem ersten Lesunterrichte und geht Hand in Hand mit demselben, bis in beiden einige Fertigkeit erzielt ist. Bei den Realien (Vaterlands- und Naturkunde) ist ausschließlich die deutsche Sprache zur Anwendung zu bringen. Die Texte der religiösen (kirchlichen) Gesänge werden in polnischer Sprache gelernt. Dagegen sind die Texte der Schul-, Volks- und Vaterlandslieder deutsch zu lernen, wie sie das Lesebuch darbietet.

Wie der „Schles. Z.“ von hier geschrieben wird, sind neuerdings auch hier in Posen die latholischen Klostergesellschaften und selbst die Bettelorden zur Steuerpflicht herangezogen worden, wogegen sie stark opponirt haben. Die meisten Schwierigkeiten haben die sogenannten Frauen vom h. Herzen Jesu (Dames du sacré coeur de Dieu) gemacht. Obwohl sie ein prächtiges Palais und reiche Fonds besitzen und gegen 80 Pensionärinnen halten, von denen jede jährlich mindestens eine Pension von 300 Thln. zahlt, so schützen sie dennoch Armuth vor, um sich der Steuerpflicht zu entziehen. Dessen ungeachtet sind sie zu einer monatlichen Steuer von 4 Thlr. eingeschätzt worden, und wenn sie dieselbe nicht aufwillig bezahlen, so wird es jedenfalls exekutivisch beigetrieben werden. Die Klostergesellschaften haben in Preußen dem Gesetz gegenüber nur die Bedeutung von Privatvereinen und besitzen als solche nicht das kanonische Privilegium der Steuerfreiheit. Wenn ihnen dies bisher stillschweigend gewährt wurde, so geschah es nur durch Komvenienz der Behörde, die im Gesetz keine Begründung hat. Auch den Bettelorden ist es in Preußen gesetzlich nicht erlaubt, Almosen für sich einzusammeln zu lassen, und in letzter Zeit ist es in unserer Provinz wiederholt vorgekommen, daß von solchen Ordensgesellschaften ausgesandte Almosenfahndler wegen Bettelns bestraft wurden.

Der Circus Salamonski, dessen geschmackvolle elegante Leistungen wiederholt von uns gewürdigt worden sind, bezieht sich immer mehr in der Gunst des Publikums. Die weiten Räume des Hauses sind allabendlich gut besetzt und fast keine Produktion geht vorüber, ohne den lebhaften Beifall der Zuschauer gefunden zu haben. Seit einiger Zeit tritt auch ein sogenannter „fliegender Mann“, Mr. Cleo, auf, dessen Leistungen an hängenden Trapez in der That staunenswerth sind. Man weiß nicht, soll man mehr die Gewandtheit und Siderheit des Künstlers, der buchstäblich von einem in vollster Bewegung begriffenen Trapez auf das andere fliegt, bewundern, oder die Todesverachtung, welche ihn derartige Künste hoch in der Luft eine geraume Zeit hin fortsetzen läßt. Zum Schluß führt Herr Cleo gewöhnlich einen Doppelsaltomortale aus — ein Kunststück, welches dem Künstler bei dem geringsten Versehen den Tod bringen kann.

Im Volksgarten-Theater wurde am Montage zum ersten Male zum Benefiz des Herrn Wallburg „Die Tochter des Gefangenen“, vaterländisches Schauspiel aus der Zeit des 7-jährigen Krieges, von Herrmann, aufgeführt. Das Stück, welches theils in Berlin,

theils auf der Festung Blas spielt, erfreute sich wegen seines spannenden, feindlichen Inhalts, sowie wegen des im Allgemeinen recht braven Spiels der Darsteller, unter denen besonders Hr. Gzafke, Hr. Wallburg, Hr. v. Rolte, Hr. Kiffner, sowie Frau Jolisch, Frau Kug und Fel. v. Bentkowski hervorstechen, lebhaften Beifalls; die Kostüme waren elegant und dem Charakter jener Zeit entsprechend.

Die hiesige deutsche Kleinkinder-Bewahranstalt, welche vor Kurzem mit Korporationsrechten versehen ist, befiel eines eigenen Grundstücks, da ihr die seit vielen Jahren miethsweise benutzten Lokalitäten auf dem Schloßberge nur noch kurze Zeit zur Verfügung stehen. In Folge eines unterm 13. Januar v. J. von dem Vorstande ergangenen Aufrufs zur Unterstützung sind demselben zu diesem Zwecke von einem durch Wohlthun viel bewährten und um die Stadt Posen hochverdienten Mann 500 Thaler und von einem andern 100 Thaler zugegangen, wie es denn auch an andern Gaben nicht gefehlt hat. Es steht zu hoffen, daß sich noch recht viele Herzen und Hände für die in gelebter Wirksamkeit stehende Anstalt aufthun werden.

Viele Destillationen unserer Stadt haben bekanntlich schon oftmals zu gerechtfertigten Beschwerden Veranlassung gegeben, indem nicht allein betrunkenes Gesindel sich vor denselben umhertreibt und die Passage demüthigt, sondern auch Prügeln, die häufig genug in derartigen Lokalen entstehen, sich auf die Straße fortpflanzen; es vermag deswegen oft eine einzige Destillation einer ganzen Straße einen ordnaren Charakter aufzuprägen. Um diesem oft gerügten Uebel ein Ende zu machen, sollen, wie man hört, die Inhaber von Lokalen, in welchen häufig Prügeln vorkommen, so daß demnach die Vermuthung nahe liegt, daß dort der Völlerei Vorwand geleistet werde, zunächst seitens der Polizeibehörde verwarnt, und, falls diese Warnung nicht fruchtet, ihnen auf Grund der §§ 33 und 53 der Gewerbeordnung die Konzession entzogen werden. Diese Paragraphen lauten: Die Erlaubnis zum Betriebe von Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus ist dann zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsitlichkeit geneigbraut werde. Seitens der Militärbehörde ist übrigens den Soldaten unserer Garnison bereits der Besuch von vier derartigen Lokalen wegen der dort oftmals vorgekommenen Prügeln zwischen Zivil und Militär untersagt worden.

Konfiskation. Am Donnerstag wurde in einem hiesigen Geschäftsladen eine größere Anzahl von Flaschen mit „Fuchsfarben“ zahnärztlichen Mundwasser“ von einem Polizeibeamten mit Beschlagnahme, weil der Verkauf derartiger Heilmittel nach dem Gesetz vom 25. März 1872 ausschließlich in Apotheken gestattet ist.

Eine Schlägerei entstand am Mittwoch in einem Hause der Breitenstraße zwischen Hausgenossen bei Gelegenheit eines Kinderbegräbnisses dadurch, daß einer Frau die Titulatur „Herr“ beigelegt worden war. Bei dieser Schlägerei wurde einem der Gäste eine Kaffeetasse gegen den Kopf geworfen, und zwar in so unglücklicher Weise, daß durch die Scherben einige Adern zer schnitten wurden.

Auf St. Martin entstand Mittwoch Abends in der Peyser- schen (früher Schellenberg'schen) Destillation eine große Schlägerei zwischen betrunkenen Gästen, wobei einer derselben ein scharfes Schu- machermeißel als Waffe benutzte. Er wurde von dort anwesenden Arbeitern gebändigt und nach dem Polizeidirektorium geschafft.

Feuer. Heute Mittags 12½ Uhr brach in der Gräber'schen Pfandleihanstalt, welche sich im Erdgeschoß des Gebäudes Schulstraße Nr. 11 befindet und zu dieser Zeit geschlossen war, Feuer aus. Dasselbe wurde durch die rasch herbeieilende Feuerwache bald gelöscht.

Auf der Stargard-Pfoten-Bahn verspätete sich der von Kreuz kommende Personenzug in Folge Schabhaftwerdens der Lokomotive Mittwoch Nachmittags um fast ¼ Stunden, so daß er erst nach 5 Uhr eintraf.

Verkauf. Das Dorn'sche Grundstück, Alten Markt 31 (Ecke der Kurzen und Mittel-Gasse), ist für 14,300 Thlr. an den Restaurateur Herrn Radmann verkauft worden. Die Grundstücke: Schloß- berg 1-3 (zwischen Franziskanerkirche und Appellationsgericht), welche vor ca. zwei Jahren Dr. Justizrat Gierich für 12,200 Thlr. an den Döbermeister Herrn Kaminski verkauft hatte, hat dieser nunmehr für 22,000 Thlr. an den Professor Herrn Dr. Scharfkiwicz verkauft. Letzterer besitzt gegenwärtig Grundstücke, resp. Grundstückskomplexe: auf der Breslauer-, Schuhmacher-, Schützen-, Langen-Straße und auf dem Schloßberg.

Namensänderung. Dem Anton Krause zu Posen ist seitens der k. Regierung die Annahme des Familiennamens „Wysoczninski“ gestattet worden.

Die polnischen Blätter agitierten seit einiger Zeit lebhaft für die Abwanderung von Nationalpolen aus der Provinz Posen in Ober- Schlesien, die sie als wirksamstes Mittel zur Vertreibung der polnisch- nationalen Propaganda unter der dortigen Bevölkerung betrachten. Mehrere junge polnische Ärzte aus der hiesigen Provinz haben sich in Folge dieser Agitation in Oberschlesien bereits niedergelassen. Jede solche Niederlassung wird von den polnischen Blättern mit Jubel vermeldet.

Kreis Pleschen, 3. Februar. Nachtrag. Schulan- gelegenheit. Kommunal-Ges. Am Sonnabend wurde ein Br- der des B. in W., der Vater des mitverbrannten Kindes, als der Brandstiftung dringend verdächtig, verhaftet. Die Bewohner des Hau- ses konnten nur mit Mühe ihr Leben retten, da die Thüren von außen von dem Brandstifter zugehackt worden waren. — Vor Kurzem wurde wegen drohenden Einsturzes und Baufälligkeit die kath. Schule in W. geschlossen. In G. soll ein neuer Schulbezirk gebildet und in G. eine zweite Klasse angehängt werden. Bei den Bauten kommt sehr oft der Patron der Schulgesellschaft auf. Wie bekannt, zahlte derselbe früher- lei Beiträge zur Schule. Kommt es nun zum Bau, und der Patron soll das Holz unentgeltlich hergeben, ja, da sind oft die Waldungen schon längst den Weg alles Fleisches gegangen, oder der Holzbestand ist nur ein geringer, und die Schulgemeinde hat das Nachsehen. Eine in dieser Angelegenheit erlassene Entscheidung des Kultus-Ministeriums lautet: „Die Beschränkung der Rekurrenten beruht auf der Annahme, daß die Gutsbesitzer mit ihrem eigenen Bedarf an Bauholz den Ansprüchen der Schule nachgeben. Da diese Annahme nicht zutrifft, viel- mehr nach § 36 Theil II. Titel 12 des Allg. Landrechts und dessen Auslegung in dem bekannten Präjudiz des Ober-Tribunals vom 27. September 1857 das Verhältnis umgekehrt ist, so stellt der Anspruch sich als verfehlt dar.“ — Nach dem Kreis Kommunal-Ges. pro 1873 hat der Kreis an Kommunalbeiträgen 19,830 Thlr. aufzubringen.

Reisen, 4. Februar. [Seltener Hase.] Bei der vor Kur- zem von dem Oberamtmann Heising zu Morawiewo abgehaltenen Jagd wurde von dem Oberamtmann Felgentreu aus Dambitz auf den Gemeindefeldern zu Pomorzow ein Hase geschossen, dessen Kopf, Brust, Vorderläufe und halbe Hinterläufe ganz weiß sind, ein Exemplar, wie es von keinem der hiesigen Jäger bis jetzt gesehen worden ist. Herr Heising hat den Hasen dem Grafen Mysielski zu Bunik überlassen, welcher das Thier ausstopfen lassen wird.

Schrimm, 6. Februar. [Erstickung.] Am Montag Abend kam der Reisende der Firma S. K. in Posen, Namens Valerian Stan aus Schöffen kommend, in Geschäften seines Hauses hierher. Auf der Altstadt hatte er das Unglück, daß das Rad am Wagen brach, und er daher zu Fuß ins Hotel de Rome gehen mußte. Er verlangte ein warmes Zimmer. Erst wurde mit Holz geheizt, und dann auf Verlangen noch mit Kohlen. Herr Stan übernahm es selbst, die Klappe zu schließen, und hat dies jedenfalls zu früh gethan. Als am Morgen der Hausknecht ins Zimmer will, findet er um 6 Uhr die Thür verschlossen, ebenso um 7, 8 und 9 Uhr, worauf er denn dem Hotelbesitzer mittheilt, daß der Fremde auf alles Klopfen nicht öffne. Dieser läßt die Thür von dem Schlosser öffnen und findet den z. Stan regungslos. Die sofort herbeigerufenen Ärzte bringen ihn durch alle nur möglichen Auren zwar wieder zum schwachen Athmen, es wird ihm sogar aus den Adern eines jungen Mädchens frisches Blut — zwei Tassen voll — eingespritzt, aber Alles ist vergeblich — am Mittwoch früh hauchte der 26jährige, blühende Mann sein Leben aus. Heute wurde er im Beisein der untröstlichen Mutter und Geschwister auf dem katholischen Kirchhofe hier feierlich beerdigt.

Die Kanalisation Posen.

(Gutachten des Geh. Oberbauraths Wiebe.)

(Fortsetzung.)

Dem Sammelkanal des oberen Entwässerungssystems soll ein Ge- fälle von 1:1000 gegeben werden, welches auch für die Reinhalt- ung des Kanals von Ablagerungen für genügend anerkenne. Ob die diesem Kanal zugebende Weite von 2 Fuß genügen wird, hängt wes- sentlich von der Anzahl, Größe und Anordnung der ebenfalls bereits vorgesehenen Regen-Auslässe ab. Daß heftige Regengüsse seitwärts nach der Warthe abgeleitet werden sollen, ist unbedenklich, da sie fast nur reines Wasser abführen. Bei der Entfernung von mehr als 130 Ruthen, in welcher dieser Sammelkanal von der Warthe liegt, wer- den diese Auslässe indes ziemlich kostspielig sein. In dieser Be- ziehung wird eine sorgfältige Ermittlung vorübergehen müssen, ob heftige Regengüsse mit Fundamenten der Stadt durch die Warthe gleichzeitig eintreten. Kommt ein solches Zusammentreffen niemals vor, so können vielleicht die vorhandenen alten Abzugskanäle und die Bog- danka als Regen-Auslässe benutzt werden. Können solche Fälle aber vorkommen, so müssen die Regenauslässe auch bei Hochwassern wirk- sam bleiben. Da sie das Wasser dann nicht innerhalb der unteren Stadt austreten lassen dürfen, so müssen sie beim Durchgange durch dieselbe überall fest verschlossen sein, werden also einen Wasserdruck von Innen auszuhalten haben, und es sind dann besondere Vorsichts- maßregeln nöthig, um sie vor einer Zersprengung durch diesen Was- serdruck zu sichern. Diese Auslässe für Regenwasser müssen dann auch Einlöschungen haben, welche über dem höchsten zu erwartenden Warthe-Wasser und über dem höchsten Stande, den das in ihnen ab- zuführende Regenwasser durch den Druck von Oben annehmen kann, in die freie Luft münden, damit während des Eintritts des Regen- wassers, die durch dasselbe verdrängte Luft ungehindert entweichen kann. Es wird daher, wie aus diesen Andeutungen zu entnehmen ist, die Ableitung heftiger Regengüsse aus dem oberen Kanalsystem noch nach verschiedenen Seiten hin sorgfältigen Ermittlungen zu unter- ziehen sein.

Das Entwässerungssystem der unteren Stadt, so weit sie den Ueberschwemmungen der Warthe ausgesetzt ist, erfordert ganz besondere Erwägungen, und kann ich mich in Bezug auf dasselbe den gemachten Vorschlägen nicht überall anschließen.

Zunächst erachte ich es schon mit Rücksicht auf die wechselnden Wasserstände der Warthe, für unzulässig, den Sammelkanal des un- teren Systems auch nur vorläufig in die Warthe ausmünden zu lassen. Diefem Sammelkanal soll ein Gefälle von 1:1500 gegeben wer- den, welches bei Anordnung der nöthigen Spülthüren zur zeitweisen Anstauung des Wassers, durch dessen Abfluß dann ein lebhafter Spül- strom erzeugt wird, zur Reinhaltung des Kanals hinreichend ist. Bei diesem Gefälle würde die Kanalsohle bis zum Bernhardiner-Platz hin- auf etwa 4' ansteigen.

Wird nun die Ausmündung des Kanals in die Warthe etwas über die höheren mittleren Jahres-Wasserstände, also mindestens auf eine Höhe von 5 Fuß am Pegel gelegt, so liegt die Kanalsohle am Bernhardiner-Platz auf 9 Fuß am Pegel, also nur 7 Fuß tief unter dem Straßenpflaster. Bei der letzten Höhe von 3 Fuß, welcher der Kanal an seinem unteren Ende erhalten soll, würde schon ein Wasser- stand von 8 Fuß am Pegel die untere Mündung schließen und den ungehinderten Abfluß beeinträchtigen. Es würde daher ein erheblich höherer Anstau des Wassers am oberen Ende des Kanals nöthig sein, um dennoch die Abflüsse in die Warthe hinaus zu drängen. Je höher das Wasser in der Warthe steigt, um so höher wird dieser Anstau werden, und als Folge davon wird schon bei einem Stande der Warthe von 12 bis 14 Fuß am Pegel, bei welchem der Bernhardiner-Platz noch nicht erreicht wird, das unreine Wasser aus dem Kanal auf diesen Platz hinaus treten. Eben so würden die Allerheiligen-Straße mit den un reinen Abflüssen überschwemmt werden, welche durch die Kanäle der Schützen- und Grünstraße herabkommen.

Schon aus dieser Andeutung geht hervor, daß ein direkter Aus- fluß des Sammelkanals der unteren Stadt in die Warthe bereits durch mittelhohes Wasserstände dergestalt behindert werden würde, daß da- raus völlig unzulässige Zustände entstehen müßten, und daß aus die- sem Grunde die Entwässerung der unteren Stadttheile unabwiesbar von den Wasserständen der Warthe unabhängig gemacht werden muß. Diese Unabhängigkeit ist aber nur dadurch zu erreichen, daß das in Aussicht genommene Pumpwerk sofort ausgeführt wird. Es ist durch- aus nöthwendig, daß der Sammelkanal auch bei hohem Stande der Warthe soweit leer gepumpt werden muß, daß die Entwässerung der Häuser auch dann ohne Unterbrechung stattfinden kann.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe erfordert der Umstand, daß die untere Stadt zuweilen von den Hochwassern der Warthe überschwemmt wird, eine besondere Beachtung:

Während es durchaus rationell ist, daß die Kanäle der oberen Stadt auch das Regenwasser von den Straßen aufnehmen und ab- führen, kann eine gleiche Anordnung in der unteren Stadt nicht durch- geführt werden, da durch die Oeffnungen, welche das Regenwasser in die Kanäle zu führen bestimmt sind, das Kluthwasser der Warthe in die Kanäle hineinstürmen würde. Dieses Kluthwasser durch Pumpen zu bewältigen, würde aber nicht möglich sein. In dem untersten Stadttheile muß daher das Regenwasser nach wie vor durch offene Straßenrinnenflüsse nach der Warthe geleitet werden, was unbedenklich zulässig ist, da künftig kein verunreinigtes Hauswasser mehr in die Rinnenflüsse gelangt.

Es dürfen daher Regen-Einlässe nach dem unteren Kanalsystem nur höchstens da angelegt werden, wo sie noch über der höchsten Inun- dationsgrenze liegen. Hierdurch wird zugleich eine größere Wohl- feilheit dieses Kanalsystems erreicht, das eine Röhrenweite sowohl, als die Kosten des Pumpens, dann bloß für das Hauswasser und nicht zugleich für die vielfach größere Menge des Regenwassers be- messen zu werden brauchen.

Auch die Auslässe in den Häusern müssen über die Höhe der Inundation gelegt werden, und endlich ist auch die Ventilation der unteren Kanäle so anzuordnen, daß kein Flußwasser in dieselben ein- dringen kann, d. h. die Ventilation muß durch Röhren erfolgen, welche an den Häusern hinaufgeführt werden. Mit einem Wort: es muß das untere Kanalsystem, soweit es in dem Bereich der Inundation liegt, nach Außen hin völlig wasserfrei abgeschlossen sein. Auch die nicht entbehrlichen Einstiegsöffnungen sind wasserfrei zu legen oder durch wasserdichte Deckel sicher zu verschließen.

Wird diese Anordnung mit Sorgfalt durchgeführt und im Stande erhalten, so können die Kanäle selbst während der höchsten Ueber- schwemmung leer gepumpt werden und die Entwässerung der Häuser mit ihren Küchen-Ausgüssen und Water-Klosets braucht keinen Augen- blick unterbrochen zu werden.

Eine gleiche Beachtung wie dem Regenwasser ist der Drainirung des Untergrundes in den verschiedenen Kanalsystemen zuwenden. Die Wichtigkeit, welche die Trockenlegung des Untergrundes für Posen hat, ist von maßgebender Seite bereits genügend hervorgehoben. Eine in hohem Grade günstige Wirkung nach dieser Richtung wird schon beim Einlegen der Entwässerungsröhren sichtbar werden, indem die größte Masse des stagnirenden Grundwassers schon durch die Bau- gruben gelöst, und der Grundwasserstand dadurch so gesenkt wird, daß die feuchten Keller sofort trocken gelegt werden. Zur dauernden Erhal- tung dieser Wirkung genügt die geringe Durchlässigkeit der Kanäle und Röhren nicht, und es ist daher nöthwendig, unter und neben denselben Drainröhren und Rießschüttungen einzubringen, durch welche die neu hinzutretenden atmosphärischen Niederschläge, sobald sie bis zur Tiefe der Kanäle durch den Boden gedrungen sind, ununterbrochen abgeleitet werden.

In dem System für die oberen Stadttheile kann man die Drainröhren in die Regen-Auslässe abfließen lassen und durch sie der Warthe zuführen. Gut wird es hierbei sein, an den Ausmündungen in die Regenauslässe selbstschließende Klappen anzubringen, damit das Regen- wasser nicht rückwärts in die Drainröhren treten kann. In dem Kanalsystem der unteren Stadt ist die Warthe nur bei kleinen Wasserständen im Stande, das Drainwasser direkt aufzunehmen. Die Ausmündungs- röhren sind also da, wo sie in die Warthe münden, ebenfalls mit dicht schließenden Klappen zu versehen, welche von höheren Wasserständen von selbst zugeedrückt werden, damit das Warthe-Wasser nicht rückwärts

in die Drainröhren treten und den Untergrund und die Keller über- schwemmen kann.

Für die Zeit, in welcher die Ausflußklappen durch das davor- stehende Warthe-Wasser geschlossen sind, ist die Drainirung dadurch im Gange zu erhalten, daß das Wasser der Drainröhren in einem etwas höheren Niveau weiter fließt, an geeigneten Stellen in den unteren Sammelkanal geleitet und durch ihn den Pumpen zugeführt wird. Auf diese Weise wird selbst während einer Ueberschwemmung der Straßen das in den Boden dringende Wasser sofort durch die Drain- röhren abgeleitet. Sind die Drainröhren und die Pumpen mit Rücksicht auf diesen Zweck groß genug angeordnet, so wird man bei Ueber- schwemmungen selbst solche Keller, in welche das Wasser nicht von oben hineinfließt, wasserfrei erhalten können; vor Allem wird aber das Wiedertrocknen des Untergrundes sehr viel schneller erfolgen, als wenn der überschwemmte Boden erst Zeit gehabt, sich vollständig mit Wasser zu sättigen. Eine solche Anordnung wird daher auch in sani- tärer Beziehung von erheblich günstiger Wirkung sein.

Die Entwässerungsanlagen auf der Wallfisch, der Dominel und der Schrota-Vorstadt, wird im Wesentlichen nach denselben Prinzi- pien zu behandeln sein, welche für die niedrige Stadtgegend auf dem linken Ufer der Warthe angegeben sind. Daß der Anschluß dieser Ent- wässerung an die Pumpstation durch eiserne, unter den Flußbetten hin- durch zulegende Röhren erfolgen kann, unterliegt keinem Bedenken. (Schluß folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 4. Februar. Am 20. Januar v. J. Abends kam der da- malige Premierlieutenant Freiherr v. Medlenburg mit der Hanburger Bahn hier an und geleitete eine Verwandte in ihren Wa- gen, der vor der Freitreppe des Bahnhofes vorfahren war. Da Herr v. Medlenburg, an dem Wagen stehend, noch eine län- gere Konversation pflog, wodurch der Wagenverkehr auf dem engen Platz vor dem Bahnhofe nicht wenig beeinträchtigt wurde, machte ihm der dienhabende Schutzmann Pieper bemerlich, daß nach den polizeilichen Anordnungen überhaupt kein Wagen an die Freitreppe heranzufahren, am allerwenigsten aber dort so lange halten dürfe. Herr v. Medlenburg nahm diese Ermahnung sehr übel auf. „Was unter- stehen Sie sich!“, herrschte er den Beamten an; „und wenn Sie mir das zehnmal sagen, werde ich mich daran nicht kehren. Sagen Sie Ihrem Präsidenten, ich bin der Freiherr v. Medlenburg.“ — „Vor- fahren!“ rief er darauf seinem eiaenen Kutscher zu, und als der Schutzmann Miene machte, dem Gehärd den Weg zu vertreten, erhielt er von dem Freiherrn einen kräftigen Stoß ins Gesicht, der ihn auf das Pflaster schleuderte. Auf Antrag des Beamten, der mehrere Ver- letzungen erlitten hatte, die ihn drei Wochen lang dienstunfähig mach- ten, wurde der Lieutenant v. Medlenburg von der sechsten Kriminal- deputation am 11. September v. J. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und vorsätzlicher Körperverletzung zu vier Monaten Ge- fängnis verurtheilt. Der Angeklagte appellirte gegen dieses Urtheil und das Kammergericht wies die Sache aus formellen Gründen an den ersten Richter zurück, weil sich herausstellte, daß dem Angeklagten die Vorladung zu dem ersten Termin nicht ordnungsmäßig insinuiert worden war. Gestern wurde in Folge dessen der Prozeß nochmals vor der sechsten Deputation verhandelt, und endete, da die Beweisauf- nahme genau dieselben Resultate wie früher ergab, abermals mit der Verurtheilung des Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis. Als Straffarungsgrund machte der Richter geltend, daß ein Lieute- nant von der Armee einerseits schon seiner Stellung wegen nur Un- terstützung der Staatsgewalt berufen sei, andererseits aber gerade in dieser Stellung mehr als jeder Andere an Disziplin und Ordnung ge- wöhnt sein müsse, ein derartiger Erzeß mithin besonders strenge Rüge erfordere.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Deutsche Zeit- und Streitfragen. Die drei letzten Hefte (14, 15 u. 16) dieser „Zeitschriften zur Kenntniss der Gegenwart“, brin- gen folgende Abhandlungen: 1) Ueber Kirchenstrafen. Von Prof. Schulte. 2) Ueber ländliche Arbeiterwohnungen. Von Prof. Thaer. (Eine Wenige Holzschnitte erläutern den Text.) 3) Das landesherrliche Kirchenregiment. Von Prof. Wasserleben. — Die bekannte C. G. Lüderische Buchhandlung in Berlin (Karl Habel) verlegt außer- dem wie bekannt die „Sammlung gemeinverständlicher wissenschaft- licher Vorträge“, welche von Virchow und Fr. v. Holtenborff herausge- geben werden. Die neuesten Hefte (167 und 168) enthalten folgende Vorträge: Theorie des Aberglaubens. Von Pfeleiderer. Die alten Höb- lenbewohner. Von Dr. Oskar Fraas.

Im neuen Reich. Nr. 6 (1873) dieser bekannten, von Alfr. Dove herausgegebenen und bei Hirzel in Leipzig erscheinenden Wochen- schrift hat folgenden Inhalt: 1) Die Verwaltung des Reichslandes im Jahre 1872. 2) Das Schicksal Zentralasiens. 3) Die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Preußen. 4) Berichte aus dem Reich und dem Auslande: Transleithanische Steuerwesen (aus Ungarn), vom württembergischen Landtag (aus Stuttgart), die Zentralanstalt für Erzieherinnen (aus Baden). 5) Literatur: Cramer, die Grafschaft Hohenollern.

* Von der „Wacht am Rhein“, der im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. zum Besten des Nationaldenkmals auf dem Nieder- wald gegründeten belletristischen Wochenchrift, liegen die No. 1 und 2 des neuen Jahrgangs vor. Dieselben enthalten neben einer Er- zählung von Paul Stein „die Freileute“, die sehr genauen Abbildun- gen der 3 preisgekrönten Entwürfe des Nationaldenkmals auf dem Niederwald, außerdem pitante kulturhistorische Aufsätze, Feuilletons und die offiziellen Verzeichnisse der für das Nationaldenkmal eingege- genen Gaben. Wie das Programm sagt, ist das Blatt jeder Spekula- tion fern, nur zum Besten des Nationaldenkmals gegründet. Dieses patriotische Zweckes wegen sei dasselbe den Familien empfohlen.

Das neue Blatt 1873. Nr. 20 ist sieben eingetroffen und enthält: „Eine Primanerliebe“ Erzählung von E. Effen. — „Pau- deren aus der deutschen Kaiserstadt.“ Von R. Schmidt-Cabanis. — „Kalendergeschichten.“ Kulturhistorische Skizze von Dr. A. C. Müller. — „Ein Blick in die Welt der Taubstummen.“ Von C. Walter. — „Moderne Vampire.“ Novelle aus der Gegenwart. Von R. Girsch. — „Zwei Ordensschwefel aus vorjesuitischer Zeit.“ Von J. Mühsfeld. — „Damenfeilschen.“ — „Handel und Verkehr.“ — „Allerlei.“ Zu unseren Bildern — Felsenwohnungen im Vorelth. — Ein Selbst- mörder. — „Rathsel.“ — „Neue Bücherchau.“ „Volkskundlicher Brief- kasten.“ — „Korrespondenz.“ — An Illustrationen: Ein Sturm und seine Folgen. — Unglückliche Bemühung. — Glückliche Bemühung. — Julie Reamer.

* In Griebens Reise-Bibliothek (Verlag von Albert Goldschmidt in Berlin) wird ein Führer für die Wiener Weltausstellung erscheinen. Derselbe soll neben den Reiseboten einen praktischen Weg- weiser durch die Ausstellung und einen Führer durch die Stadt Wien und ihre Umgebungen enthalten. Dem Buche wird auch ein neuer in Farbendruck ausgeführter großer Plan von Wien, ein Plan der Welt- ausstellung und eine Karte der Umgebungen Wiens beigegeben werden. Um den Führer eine möglichst große Verbreitung zu geben, ist der Preis desselben auf nur 15 Sgr. festgesetzt.

* Die am 1. Februar ausgegebene Nr. der „Gegenwart“ von Paul Lindau Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Dieses ist kein Sensationsartikel. Von Dr. Johannes Berg. — Otto Michaelis' volkswirtschaftliche Schriften. Von H. B. Oppenheim. — Literatur und Kunst: Allerhand Aufzeichnungen. Von D. F. Strauß. — Lud- milla Aßing und die literarischen Resurrektionen. Von Adolf Ruten- berg. — Aus der Hauptstadt: Die Berliner akademische Kunstausstel- lung. Von Bruno Weber. III. — Dramatische Aufführungen. Pau- blas. Von R. L. — Offene Briefe und Antworten. Zur Frage der Molereiüberlegung. Von Adolf Laum und Paul Lindau. — An Hof- rath Rudolf Gottschall. — Notizen. — Bibliographie. — Inzerate.

Staats- und Volkswirtschaft.

Eine Proskription. Bekanntlich haben die deutschen Ban- ken nicht das Recht, sich als solche in England zu etabliren, das eng-

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich
Minna Wolff.
Paul Heyneman.
Pinne. Berlin.

Am 5. d. M. verstarb plötzlich in Schrimm in Folge einer Kugelverletzung unser in Folge geliebter Sohn, Bruder und Schwager

Valerian Stan

in seinem 26. Lebensjahre.
Die es zeigen allen Verwandten, Freunden und Gönnern des Verstorbenen tief betrübt an
die Hinterbliebenen.
Schollen den 6. Febr. 1873.

Am 5. d. M. verstarb in Schrimm plötzlich mein Reisender Hr. **Valerian Stan**. Seine ungewöhnliche Pflichttreue, seine Lichthitigkeit und sein durch aus ehrenwerther Charakter, sichern ihm bei mir ein bleibendes Andenken.
Hartwig Kantorowicz.

Nachruf.

Am 5. d. Mts. überraschte in Schrimm ein plötzlicher Tod unseren Collegen, den Handlungsreisenden Herrn

Valerian Stan.

Wir verlieren in ihm einen lebenswürdigen Genossen und aufrichtigen Freund, der sich ein bleibendes Andenken in der Erinnerung Aller, die ihn kannten, gesichert hat.
Friede seiner Asche!

Das Geschäftspersonal der Firma

Hartwig Kantorowicz.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Evangelische Kirche. Sonntag den 9. Febr. Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Prediger Böttner.
Freikirche. Sonntag den 9. Febr. früh 10 Uhr: Predigt: Herr Konf. Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diaconus Goebel.
St. Pauli-Kirche. Sonntag den 9. Febr. Vormittags 9 Uhr, Abends 10 Uhr: Predigt: Herr Konf. Rath Reichard. — Abends 6 Uhr: Herr Pastor Schlecht.
Freitag den 14. Februar, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konf. Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 9. Febr. Vormittags 10 Uhr: Herr Diö. Pfarrer Dr. Steinwender. — Nachmittags 5 Uhr: Herr Miß Oberrichter Handter.

9. luth. Gemeinde. Sonntag den 9. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Deisebe.
Mittwoch den 12. Februar, Abends 7 1/2 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.
In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar:
getauft: 10 männl., 10 weibl. Pers., gestorben: 8 männl., 8 weibl. Pers., getraut: 4 Paare.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde.
Sonntag den 8. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Gesellschafts-Haus.

Sonntag den 8. Februar 1873:
Großer Ball
(masqué et pare).
Mit 5 Uebriegen besagen die Anschlagzettel.

Volksgarten-Theater.

Heute Freitag: Vorstellung (Ohne Tabakverkauf) Zum letzten Male in dieser Saison: **Am Altar.**

Vorläufige Anzeige.

Das große weltberühmte naturhistorische ethnographische und antiquarische Museum des Völkermuseums ist hierher eingetroffen und von Sonntag Abends den 8. Februar täglich von Morgens 9 Uhr bis Abends 8 Uhr im Saal der Nord- und Süd- und zum Verkauf aufgestellt. Das Nähere die Anschlagzettel.

Hitze's Kaffee-Haus

in Terzence.
Sonntag den 8. Februar:
Großer Maschinenball
mit und ohne Wäsche.
Demnach nach 8 Uebriegen. Anfang 8 1/2 Uhr, wozu ergeben sich einladet
W. Schubert

Restaurant

National-Halle.

Sonntag den 8. Februar:
Großes Wurstabendbrot,
wozu ergeben sich einladet
Carl Blaschke,
Friedrichstr. 27.

Hôtel de Saxe.

Sonntag den 8. Februar 1873

! Großer Maschinenball !

Beginn 9 Uhr.
Tagesbillets: für Herren 10 Sgr., Damen 7 1/2 Sgr. sind vorher in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.
Raffinirte: Herren 15 Sgr., Damen 10 Sgr.
Emil Kaweck.

Börsen-Telegramme.

Wroclaw (per 20 Centes). Kündigung 3. März 52 1/2, Febr. 52 1/2, März 52 1/2, April 52 1/2, Mai 52 1/2, Juni 52 1/2, Juli 52 1/2, August 52 1/2, September 52 1/2, October 52 1/2, November 52 1/2, December 52 1/2.
Spiritus (mit Haß) (per 100 Liter = 10,000 pSt. Tralles). Kündigung 3. März 17 1/2, Febr. 17 1/2, März 17 1/2, April 17 1/2, Mai 17 1/2, Juni 17 1/2, Juli 17 1/2, August 17 1/2, September 17 1/2, October 17 1/2, November 17 1/2, December 17 1/2.
[Privatbericht.] Wetter: milde. Roggen (per 1000 Rlogr.) Kaufrundungspreis 52 1/2, Gefändigt 50 Rlogr. p. Febr. 52 1/2 bz. u. G., Febr. März do. Frühjahrs 52 1/2 bz. u. G., April-Mai do. Mai Juni do.
Spiritus (per 10,000 Liter pSt.) niedriger. Kaufrundungspreis 17 1/2, Gefändigt 10,000 Liter. per Febr. 17 1/2 bz. u. G., März 17 1/2 bz. u. G., April-Mai 17 1/2 bz. u. G., Juni 17 1/2, Juli 17 1/2, August 17 1/2, September 17 1/2, October 17 1/2, November 17 1/2, December 17 1/2.

Posener Marktbericht vom 7. Februar 1873.

		Höherer			Mittlerer			Niedrigerer		
		Th.	Sgr.	Ph.	Th.	Sgr.	Ph.	Th.	Sgr.	Ph.
Weizen	fein	3	15	—	3	10	—	3	7	6
	mittel	3	4	—	3	2	6	3	—	—
	ordinär	2	28	9	2	27	6	2	25	—
Roggen	fein	2	6	—	2	5	—	2	4	—
	mittel	2	3	—	2	3	—	2	2	6
	ordinär	2	2	—	2	1	3	2	—	—
Große Gerste		1	26	3	1	22	6	1	20	—
Kleine		1	26	—	1	21	3	1	20	—
Safer		2	5	—	1	1	—	1	—	—
Rohrgersten		2	5	—	2	4	—	2	3	—
Buttergersten		2	—	—	1	28	9	1	26	3
Winter-Rüben		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Raps		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rüben		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rettich		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbbsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reis		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mais		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer		—	—	—	—	—	—	—	—	—